

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

5 Pfennig

Freitag  
27. Februar 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftstag 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Enthüllungen über Zikewitz.

Die Deutschnationalen wollen plötzlich „sparen“.

Die Untersuchung des Landespfandbriefanstalt-Skandals hat bisher ergeben, daß Direktor Rehding wider besseres Wissen einem unsicheren Adelskonzern Gelder aus der Pfandbriefanstalt und aus der Deutschen Wohnstättenbank zu zweifelhaften Häuserpekulationen zur Verfügung stellte. Er hat nicht nur seiner Anstalt und der vorgesetzten Behörde die statutenwidrige Verwendung der Gelder verheimlicht, er hat auch den verantwortlichen Direktor der Wohnstättenbank über die Anlage der Gelder getäuscht und außerdem die Stettiner Sparkasse unter der falschen Vorpiegelung der Auszahlung einer Provision in die Angelegenheit hineingezogen.

Von der Stettiner Sparkasse liegt nunmehr eine Erklärung vor, die ein neues Schlaglicht auf das Treiben des Herrn Rehding wirft. Danach ist Rehding, bevor er das Scheingeschäft entrierte, vergeblich an die Kasse mit dem Vorschlag herangetreten, die Bürgschaft für die 3,2 Millionen-Darlehen der Zikewitz und Ehdorf zu übernehmen oder sich zu beteiligen. Das läßt darauf schließen, daß Rehding den Zikewitz und Ehdorf weniger naïv gegenüberstand, als er es heute wahrhaben möchte. Umso merkwürdiger ist sein Eifer, mit dem er die Geschäfte des Adelskonzerns betrieb. Sein Zworkommen ging so weit, daß er sogar dem Geschäftsvertreter des Zikewitz aus den Mitteln der Landespfandbriefanstalt 30 000 Mk. für eine Reise nach England zur Verfügung stellte. Geschah etwa auch das im Interesse des Instituts, wie der Eintritt des mitverantwortlichen Direktors Lüders in den Vorstand der Zikewitz-Unternehmungen und die Übernahme der Gesamtschulden aus den Häuserpekulationen auf den Namen eines dritten Direktors der Anstalt? Die Zusammenhänge zwischen Rehding und Lüders auf der einen und den Zikewitz-Ehdorf, Karlowitz und Karstädt auf der anderen Seite blieb verdächtig und eine Untersuchung gerade dieses Komplexes ist unbedingt notwendig, wenn Klarheit über die Verwicklungen der Direktoren und ihrer odysseischen Kreditnehmer geschaffen werden soll.

Über davor scheint die deutschnationalen Presse ein ungewöhnliches Maß von Angst zu haben. Daß sie, der kein Raum zu schade ist, um ihn mit dem albernsten Klatsch über den „roten Sumpf“ zu füllen, über die skandalöse Verschleuderung amtlicher Gelder an agrarische Spekulanten nur ganz kurze und trübselige Berichte herausgibt, ist bei der deutschnationalen Geisteseinstellung beinahe selbstverständlich. Aber darüber hinaus schreibt die „Kreuzzeitung“ seit drei Tagen nach einer Einstellung der Untersuchung und der Auflösung des Ausschusses. Die Geschäfte der Zikewitz, Ehdorf und Karlowitz hätten weder ein politisches noch ein parlamentarische Interesse. Die hohen Sonderdiäten, die der Ausschuss verhängte, müßten gelpart werden!

Ein rührender Appell an die Sparfameit! Nur kommt er ein wenig zu spät. Wo blieb die Rücksicht auf die Taschen der Steuerzahler bei den endlosen und an Wiederholungen reichen Verhandlungen im Untersuchungsausschuss über die Kreditgewährung der Seehandlung, für deren Führung der deutschnationalen Deerbund und der Volksparteiler Veidig verantwortlich sind? Wo blieb der Appell an die Sparfameit bei dem Feldzug der Staatsanwaltschaft gegen Schwannowwerder und die Privatwohnung eines Rechtsanwalts? Wo blieb der Protest bei den umfangreichen Rundreisen und den Flugzeugausflügen der Staatsanwaltschaft? Das alles wurde in der deutschnationalen Presse mit großem Vergnügen verzeichnet. Kein Wort über die Notwendigkeit des Sparens! Kein Hinweis auf den Mißbrauch öffentlicher Gelder!

Wiederings, in diesem Fall handelte es sich auch nicht um die Affäre eines Rittergutsbesitzers v. Zikewitz. Die Geschäfte der Herren von Zikewitz, von Ehdorf, von Karlowitz, von Karstädt sollen vor der Öffentlichkeit etwas näher beleuchtet werden? Die „Kreuzzeitung“ ruft entsetzt: Stoppl! Aber das wird ihr wenig nützen. Ebensovienig wie die Klümmzüge des deutschnationalen Pfarrers Koch.

Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags für die Kreditverehrung der Landespfandbriefanstalt wurde heute die Angelegenheit „Stettiner Städtische Sparkasse“ im Zusammenhang mit dem Zikewitz-Geschäft besprochen.

Aus den Akten trägt der Berichtende Reinert nochmals den schon bekannten Verlauf des Eintritts der Stettiner Kasse in das Geschäft Zikewitz vor. Auch den Wortlaut der Schuldurkunden des Zikewitz-Konjunktums verliest der Berichtende und es ergibt sich daraus, daß die Summen an das Konjunktum „Stettiner“ immer „auf Wirkung der Städtischen Sparkasse Stettin“ gewahrt worden sind.

Sobald nimmt der Ausschuss die Befragung des Sparkassen-Direktors Gühner-Stettin vor, der als Zeuge über den Verlauf der Verhandlungen mit der Landespfandbriefanstalt bezüglich des Zikewitz-Geschäftes Auskunft geben soll.

Der Zeuge schildert zunächst, wie die Stettiner Kasse im August 1924 mit der Landespfandbriefanstalt in Geschäftsverbindung trat. Die Landespfandbriefanstalt habe der Kasse für kurzfristige Gelder einen guten Zinsfuß gewährt. Die Verhandlungen wegen des Zikewitz-Geschäftes hat der Zeuge fast ausschließlich telefonisch mit dem Direktor Lüders von der Landespfandbriefanstalt geführt.

Der Kreditausschuss der Städtischen Kasse war zunächst gegen das Geschäft. Einige Tage später machte Ehdorf nochmals den Versuch, das Geschäft zustande zu bringen. Dieser Versuch war auch vergeblich.

Nach einiger Zeit trat Direktor Lüders wieder an Stettin heran und es kam eine Vereinbarung dahin zustande, daß Stettin sich im Falle Zikewitz-Landespfandbriefanstalt zu einem Inkassogeschäft einverstanden erklärte, das kein Risiko, dafür aber eine Provision von 1/4 Prozent pro Monat für Stettin brachte.

Stettin habe sich dann öfters nach dem Verlauf des Geschäftes erkundigt, aber immer unbestimmte Antworten erhalten.

Auf Fragen des Vorsitzenden bekundet Zeuge Gühner-Stettin, daß es beim Zikewitz-Ehdorf-Geschäft sich anfangs um 3,2 Millionen Mark handelte.

Vorl.: Wäre die Provision von 1/4 Proz. pro Monat auf einen solchen Betrag nicht etwas hoch gewesen?

Zeuge Gühner: Beim Abschluß des Geschäftes hätte man über die Provision sicher noch verhandelt. Die Städtische Kasse hat dann zunächst kein Konto für das Zikewitz-Geschäft eingerichtet, weil sie ja bis zum Ende des Geschäftes nichts damit zu tun habe.

Anher den beiden Schreiben der Pfandbriefanstalt vom 15. Mai an die Stettiner Kasse, in denen zum Ausdruck kam, daß es sich im Falle Zikewitz nur um ein Scheingeschäft handelte, hat die Stettiner Kasse keine Mitteilung über den etwaigen Verlauf des Geschäftes von Berlin erhalten. Stettin hat übrigens die Anschauung zurückgewiesen, daß es sich um ein Scheingeschäft handelte.

## Vom Krankenlager des Reichspräsidenten.

Weitere Besserung.

Der heute morgen, 10 Uhr, herausgegebene ärztliche Bericht über Krankheit und Befinden des Reichspräsidenten lautet: „Der Reichspräsident hat eine gute Nacht verbracht. Sein Befinden hat sich weiter gebessert.“

Wie uns um 1 Uhr mittags mitgeteilt wird, hat sich die Besserung auch im Laufe des heutigen Vormittags fortgesetzt. Der Patient konnte zum erstenmal wieder Nahrung zu sich nehmen. Wenn er auch noch verfrüht wäre, davon zu reden, daß die Krise endgültig überwunden sei, so ist doch die Hoffnung auf Genesung wesentlich gestärkt.

## Kundgebungen von nah und fern.

Auch im Laufe des gestrigen Tages und des heutigen Vormittags seien in großer Zahl Teilnahmekundgebungen für den Reichspräsidenten ein. Der französische Botschafter de Margerie sprach persönlich dem Staatssekretär Dr. Reihner die Wünsche des Präsidenten der Republik, des Ministerpräsidenten und der französischen Regierung für eine baldige Wiederherstellung des Reichspräsidenten aus. Der italienische Botschafter Graf Bosdari der dänische Kammerherr Zahle, der portugiesische Geschäftsträger De Roscimato und der Geschäftsträger von Kolumbien Serrano Bianco stützten ebenfalls persönliche Besuche ab, während von dem in Lissabon weilenden portugiesischen Gesandten Da Silva Simoes und dem Generalkonsul von Honduras Telegramme gingen.

Die Oberbürgermeister von Berlin und Heidelberg haben drähtlich beste Wünsche dieser Städte für baldige Besserung und Genesung übermittelt.

## Finanzskandal auch in Bayern!

Die Kreditgeschäfte der Bayerischen Giro-Zentrale.

München, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In den Mitteilungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Bauer im Bayerischen Landtag über Kreditgeschäfte in Bayern, an denen Bayerische Staatsinstitute beteiligt sein sollen, war auch die Rede von Millionenverlusten bei der unter staatlicher Kontrolle stehenden Bayerischen Girozentrale, die die Gelder der Bayerischen Sparkassen zu verwalten hat. Bis in die letzten Tage hinein wurde von diesem Institut ein Defizit abgelehnt. Nun erfährt man vom Staatskommissar dieses Instituts selbst, daß sich der Direktor Rühm von der Girozentrale seit September 1923 mit der Düsseldorfener Lehrer-Siemens-Gruppe eingelassen hat und ihr für Zwecke des Wiederaufbaues in Nordfrankreich Kredite in nahezu 5 Millionen Mark gegeben hat. Die dafür gegebenen Sicherheiten bestanden in Steinkohlenaktien, die sich jetzt nachträglich als ziemlich wertlos erwiesen haben. Das Direktorium und der Verwaltungsrat der Girozentrale hat im April vorigen Jahres die Kreditoperationen geprüft und nachträglich gebilligt. Direktor Rühm hat außerdem einer Reihe von Münchener Firmen Millionen von Krediten gegeben, ohne jede Sicherheit.

so daß heute mit einem Verlust des Instituts von rund 10 Millionen Mark zu rechnen ist.

Die staatliche Aufsicht, die durch einen Ministerialrat Schmitt als Staatskommissar ausgeübt wurde, hat also vollkommen versagt. Direktor Rühm wurde inzwischen seines Postens enthoben. Der Fortbestand der Girozentrale ist durch die Verluste nicht gefährdet, da das Institut im letzten Jahr 5 Millionen Uberschuß erzielt, außerdem noch über reichliche stille Reserven verfügt. Seine künftigen Mittel, die bei verschiedenen Banken hinterlegt sind, sollen zurzeit 10 Millionen Mark betragen.

## Reichsbahn und Eisenbahner.

Ein drohender Konflikt.

Zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Organisationen der Eisenbahner wird jetzt verhandelt. Es handelt sich darum, das Unrecht wieder gutzumachen, das an den Eisenbahner während der Inflationszeit verübt worden ist.

Man hat den Eisenbahner die Arbeitszeit verlängert und die Löhne und Gehälter gedrückt mit der Begründung, daß die Sanierung der Reichsfinanzen eine derartige Politik notwendig macht. Es sind Dienstvorschriften erlassen worden, die es möglich gemacht haben, daß die Eisenbahner bis zu 16 Stunden Dienst machen müssen. Die Arbeitszeit der Werkstättenarbeiter ist auf 9 Stunden verlängert worden, während ihre Kollegen in anderen Berufen und ihre Kollegen im Auslande den Achtstundentag sich erhalten haben. Gleichzeitig hat man in den Werkstätten die wissenschaftliche Betriebsführung eingeführt, die ganz außerordentliche Ansprüche bezüglich der Intensität der Arbeitsleistung an die Eisenbahner stellt. Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, wenn die Unfallziffer im Eisenbahnbetrieb sich erhöht hat.

Die Eisenbahner haben die Niedrighaltung ihrer Löhne und Gehälter und die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verschärfung der Arbeitsbedingungen zunächst hingenommen, in der Voraussetzung, daß es sich um vorübergehende Sanierungsmaßnahmen handelt. Sie haben angenommen, daß nach der Durchführung dieser Maßnahmen, nach der Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn der Achtstundentag wieder hergestellt und die Löhne und die Gehälter den verteuerten Lebensbedingungen angepaßt werden würden. Die Eisenbahner waren um so mehr berechtigt anzunehmen, daß man jetzt bei den Verhandlungen die Reichsbahngesellschaft den Wünschen der Eisenbahner, die mit der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn durchaus übereinstimmen, entgegenkommen wird, nachdem sie festgestellt haben, daß die Reichseisenbahngesellschaft sehr freigebig ist bei der Erhöhung der Bezüge der leitenden Beamten und Millionen zur Verfügung hat zur Zahlung der sogenannten Korruptionsgelder.

Nach dem Verlauf der Verhandlungen, die gestern stattgefunden haben, muß man jedoch den Eindruck gewinnen, daß die Reichsbahngesellschaft nicht gewillt ist, den Wünschen der Eisenbahner entgegenzukommen. Der Geist der Schwerindustriellen, der ja auch im Verwaltungsrat vorherrschend ist, scheint diese Verhandlungen unheilvoll zu beeinflussen.

Die Schwerindustrie stemmt sich mit aller Kraft gegen die Wiedereinführung des Achtstundentages. Nun ist es für jeden Einsichtigen ohne weiteres klar, daß die wissenschaftliche Betriebsführung, die auf der höchsten Intensität der Arbeitsleistung beruht, unmöglich ist bei einer Arbeitszeit, die länger als acht Stunden dauert. Es ist ganz unmöglich, daß Höchstleistungen gefordert werden können, wenn die Arbeitszeit die Ermüdungsgrenze überschreitet.

Dazu kommt noch der moralische Effekt. Die Werkstättenarbeiter der Reichsbahngesellschaft wie überhaupt die Arbeiter der Reichsbahn im allgemeinen müssen das Bewußtsein haben, als Paria behandelt zu werden, wenn man ihnen auch heute noch den Achtstundentag vorenthält. Die Schwerindustriellen, die im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft sitzen, weisen natürlich auf die skandalösen Arbeitsverhältnisse hin, die heute noch in der Schwerindustrie herrschen. Sie versprechen jedoch absichtlich, daß es den Arbeitern in der Fertigungsindustrie — und um eine solche handelt es sich bei der Reichsbahn — gelingen ist, den Achtstundentag im allgemeinen zu halten oder wieder zurückzuholen. Und auch in der Schwerindustrie ist noch nicht aller Tage Abend. Auch dort wird die Arbeiterschaft zu dem ihnen am günstigsten geeigneten erscheinenden Augenblick den Kampf aufnehmen und den Achtstundentag zurückholen. Dieser Zeitpunkt ist vielleicht nicht so fern wie die Schwerindustriellen annehmen.

Die Schwerindustrie will es auf einen Kampf ankommen lassen. Ob dadurch das gesamte wirtschaftliche Deutschlands auf das schwerste erschüttert wird, ist sicherlich nicht ihre größte Sorge. Die Frage ist jedoch, ob eine solche Politik auch auf die Reichsbahn übertragen werden darf. Wir haben vor einem Jahre in Deutschland anlässlich der damaligen Verhandlungen eine Reihe kleiner spontaner Streiks im Reichsbahnbetrieb gehabt. Es bedurfte einer außerordentlichen Kraftanstrengung der Organisationen, um die Brandherde noch rechtzeitig zu löschen. Soweit wir im Besitz von Nachrichten aus den verschiedenen Reichsbahndirektionen sind, ist die Erbitterung und Erregung der Eisenbahner gegenwärtig allgemein und tiefgehend. Es kommt noch hinzu, daß die Trennung der Eisenbahner in Beamte und Arbeiter, die sich auch organisatorisch ausgewirkt hat, heute faktisch überwunden ist, wenn dies auch noch nicht organisatorisch den entsprechenden Ausdruck gefunden hat.

Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, verstärkt durch die Entschlossenheit der Eisenbahner, den Achtstundentag zurückzuholen, ist ein schwerwiegender Faktor, den zu übersehen äußerst gefährlich wäre. Wenn das Direktorium der Reichsbahngesellschaft bei den weiteren Verhandlungen in der nächsten Woche auf dem Standpunkt verharrt, den ihre Verhandlungsführer gegenüber den Vertretern der Eisenbahner gefestigt haben, dann wird sich vor einer Situation befinden, die sie nicht mehr zu meistern imstande sein wird.



Das Direktorium der Reichsbahn darf nicht vergessen, daß der Achtstundentag in Deutschland immer noch zu Recht besteht. Es darf nicht vergessen, daß die Ratifizierung des Abkommens von Washington vom Reichsarbeitsminister in bestimmte Aussicht gestellt wurde. Die Ratifizierung des Abkommens von Washington schließt ein, die Wiederherstellung des Achtstundentages auch auf der Reichsbahn. Man darf ferner nicht vergessen, daß sämtliche Gewerkschaftsorganisationen, welcher Richtung sie auch angehören mögen, entschlossen sind, den Achtstundentag und die Ratifizierung des Abkommens von Washington durchzusetzen. Man darf insbesondere nicht vergessen, daß in diesem Punkte sämtliche Eisenbahnerorganisationen, und zwar nicht nur die freigewerkschaftlichen, durchaus einig und geschlossen sind.

Die Gründe, die von der Reichsbahngesellschaft angeführt werden, sind dieselben fadenscheinigen Vorwände, die alle rückständigen Unternehmer gegen den Achtstundentag ins Feld geführt haben. Nicht nur gegen den Achtstundentag, als es sich darum handelte, zum ersten Male eine Höchsttarbeitszeit für Frauen und Kinder gesetzlich festzusetzen, schrien die Unternehmer, daß dies gleichbedeutend sei mit dem Ruin der Wirtschaft. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne die Wirtschaft nicht schädigen, sondern im Gegenteil gerade in den Ländern zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen, wo die Löhne am höchsten sind und die Arbeitszeit am kürzesten ist. Es ist einfach nicht wahr, daß der Achtstundentag, daß ausländische Löhne notwendig zu Tarifierhöhungen führen müssen. Wir warnen das Direktorium der Reichsbahngesellschaft davor, sich in das Schlepptau der Schwerindustriellen nehmen zu lassen. Das müßte zu einer Situation führen, deren Folgen ganz unübersehbar sind.

## Für die Beamten kein Geld.

Schließen muß abwarten.

Unter der Initiative des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben die Beamtenorganisationen mit Ausnahme des Reichsbundes der höheren Beamten am Donnerstag über die Revision der völlig unzulänglichen Besoldungsregelung mit dem Reichsfinanzministerium verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlung ist, wie vorauszusehen war, überaus dürftig.

Das Reichsfinanzministerium will anscheinend erst die Ausgestaltung des neuen Rahmens der allgemeinen Finanzlage abwarten, d. h. im Augenblick von einer Besoldungsregelung im Sinne der Organisationen überhaupt nichts wissen.

Die Beamten sehen, daß sie von der Bürgerblockregierung nichts zu erwarten haben. Wenn es mit der Reichsregierung auch noch gelingen würde, eine Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes zu erreichen, dann dürften die unteren und mittleren Beamten alle Hoffnung fahren lassen. Das Besoldungsperrgesetz fällt automatisch am 1. April 1925, wenn der Reichstag nicht seine Verlängerung beschließt. Um das zu erreichen, hat die Reichsregierung bereits eine Denkschrift vorgelegt, die von den Beamtenorganisationen abgelehnt wurde. Gelingt es, die Verlängerung des Perrgesetzes zu verhindern, dann haben mindestens die Länder und Gemeinden die Möglichkeit, das nachzuholen, was die Reichsregierung bisher veräußert hat.

Für den Fall der Aufhebung des Besoldungsperrgesetzes hat schon jetzt die sozialdemokratische preussische Landtagsfraktion vom Staatsministerium einen Gesetzentwurf zur Reform der geltenden Besoldungsgesetze gefordert, bei der folgende Grundsätze berücksichtigt werden sollen:

Verringerung der Zahl der Besoldungsgruppen. Zurückführung des Spannungsverhältnisses zwischen der unteren und höchsten Gruppe auf den Stand von 1920. Grundsätzliche Bestimmung des Grundgehalts nach dem Leistungsprinzip und Bemessung des Gehalts der niedrigsten Besoldungsgruppe in

einer Höhe, daß es für eine vierköpfige Familie ausreicht. Verringerung der Aufstiegsfristen innerhalb der unteren und mittleren Besoldungsgruppen. Entschädigungen wie Kleidergeld usw. für besondere durch den Dienst hervorgerufenen Aufwendungen. Einföhrung in die einzelnen Besoldungsgruppen je nach Leistung, Verantwortung und der mit dem Dienst verbundenen persönlichen Gefahr. Ersetzung des am 1. April 1924 eingeführten Wohnungsgeldes durch einen Ortszuschlag, der die örtlichen Unterschiede in den Preisverhältnissen, die Steuerverhältnisse sowie Schullasten und sonstige Unterschiede ausgleicht. Verringerung der Ortsklassen auf höchstens drei. Schaffung planmäßiger Beamtenstellen für alle Beamtenstellenposten; solange dieser Zustand nicht erreicht ist, darf das Diätariat nicht länger als drei Jahre dauern. Die Besoldung der Diätare soll vom ersten Dienstjahr an 100 Proz. der Anfangsbesoldung der Einstellungsbesoldungsgruppe betragen; Unterbrechung der Verwendung im Beamtendienst ist möglichst zu vermeiden; Unterbrechungszeiten, die nicht persönlich verschuldet sind, gelten als im Beamtendienst verbracht. Rechtsanspruch auf Bezahlung für die Beamten im Vorbereitungsdienst an Stelle der bisherigen widerruflichen Unterhaltungszuschüsse. Keine Kürzung des Besoldungsdienstalters beim Aufrücken in eine höhere Besoldungsgruppe; bei Festlegung des Besoldungsdienstalters ist die nach vollendetem 18. Lebensjahre im Reichs-, Staats- oder Gemeinbedienst verbrachte Dienstzeit auf das Besoldungsdienstalter insgesamt anzurechnen; die drei Jahre übersteigende Diätariatszeit sowie die außerhalb des Beamtenverhältnisses zurückgelegte Beschäftigungszeit in gleichwertiger Tätigkeit, müssen auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden.

Alle diese Neuregelungen sollen nach der Forderung des sozialdemokratischen Antragtrages mit Wirkung ab 1. April 1925 in Kraft treten.

## Regierung der monarchistischen Propaganda

### Ein frivoles Spiel.

Die erste Regierungshandlung des deutschnationalen Reichsinnenministers Schiele war es, für den 1. März einen Volkstrauertag für die Opfer des Weltkriegs anzusetzen. Die Anweisungen, die die Parteifreunde des Herrn Schiele für die Ausführung dieser Anordnung geben, zeigen, daß sie ein frivoles parteipolitisches Geschäft aus der Trauer der Hinterbliebenen der Kriegsgesessenen machen wollen. In der „Nationalpost“ liest man folgende Aufzählung:

„Hierdurch bitte ich unsere Mitglieder und Freunde aus Anlaß des Volkstrauertages am 1. März ausnahmslos Schwarzweißrot, Halbmaß oder mit Trauerabzeichen zu flaggen. Ich empfehle zahlreiche Beteiligung an den von den nationalen Verbänden veranstalteten Trauerkundgebungen.“

Lagerenz, Oberregierungsrat, R. d. R.

Die Toten des Weltkriegs gehören dem ganzen Volke. In ihren Gräbern hat das Parteigeschäft zu schweigen. Das Hand-in-Hand-arbeiten der Herren Schiele und Lagerenz aber läßt erkennen, daß es nicht der Plan der Regierung war, einen wirklichen Volkstrauertag zu veranstalten, sondern eine erste, parteiliche, politische, frivole Aktion der Regierung der monarchistischen Propaganda.

## Die unbequeme Konkurrenz.

Wozu die Industrie die Presse braucht.

Heute findet eine Aufsichtsratsitzung der „Deutschen Werke“ statt. Die Direktion plant die Veräußerung großer Betriebe an die private Industrie.

Die private Industrie läßt durch ihre Presse die Beratungen über die geplanten Transaktionen durch eine Kampagne gegen die „Deutschen Werke“ überhaupt begleiten. Der „Lokal-Anzeiger“ muß heute auf Befehl der Interessenten schreiben:

„Aus diesen Mitteilungen, an deren Richtigkeit zu zweifeln wir keine Veranlassung haben, geht hervor, daß es den Deutschen Werken

trag Lieberstellung in die Hunderte von Goldmillionen gehender Werte seitens des Reichs, für die nennenswerte Gegenleistungen von ihrer Seite nicht erfolgt sind, und trotz einer mehr als vorsichtigen Bilanzpolitik und Bildung stiller Reserven, die ein unter dem Titel „Reichsgründungen“ in der Presse kürzlich erschienener Artikel überaus anschaulich geschildert hat, nicht gelungen ist, den Nachweis ihrer Existenzberechtigung zu führen und sich aus eigenen Kräften zu erhalten. Wie zu verschiedenen Malen seit Beginn ihres Bestehens, wird auch jetzt wieder der Versuch gemacht, auf Wegen, die sonst im Geschäftsleben nicht üblich sind, zu neuen Mitteln auf Kosten der Allgemeinheit zu gelangen. Da unter Umständen damit zu rechnen ist, daß in der heuligen Aufsichtsratsitzung endgültige, nur schwer rückgängig zu machende Beschlüsse über diese Frage gefaßt werden, so möchten wir in letzter Stunde nochmals die Hoffnung aussprechen, daß die Vertreter der öffentlichen Interessen auf der Hut sind.“

Die private Industrie will die wertvollen Betriebe der „Deutschen Werke“ um ein Butterbrot erwerben. Sie will ein glänzendes Geschäft machen und sich zugleich eine unbequeme Konkurrenz vom Hals schaffen. Zu diesem Zwecke müssen ihre Preshreptils der Öffentlichkeit vorreden, die „Deutschen Werke“ seien nicht lebensfähig. In diesen Geschäftsartikeln machen sich die Phrasen über „die Kosten der Allgemeinheit“ und „die Vertreter der öffentlichen Interessen“ besonders gut.

Zu solchen Geschäften braucht die Schwerindustrie ihre Presse. Den einen unbequemen Konkurrenten läßt man durch einen Standauffeldzug als Betrüger bezeichnen und ruiniert ihn mit obrigkeitlicher Hilfe, dem anderen bestreitet man die Existenzberechtigung, um Stimmung für seinen Aufstieg zu machen. Gegen den einen läßt man ein Spionagebureau in Tätigkeit, das die gefaßte Presse und die Staatsanwaltschaft bedient, gegen den anderen wendet man die ins Moderne übertragene Methode der Güterschlächtereien an.

Die Redaktionen der gekauften Zeitungen der Schwerindustrie müssen mit einem Phrasenbrei die Köpfe ihrer Leser verkleistern, damit der wahre Zweck der industriellen Presse nicht auffällt, und sie für ihre Zwecke leichtes Spiel hat. So wird die Industrie reich auf Kosten des Reiches, und das in der gekauften Presse angelegte Geld rentiert sich.

## Ruhrentschädigung und besetztes Gebiet.

Den Großen 700 Millionen. - Die Kleinen können warten.

In der „Frankfurter Zeitung“ rechnet Horrer Koreski mit den Herren Luther und Stresemann ab. Mit großer Schärfe zeichnet er die Rückwirkung des 700-Millionen-Standaufs auf das besetzte Gebiet:

„Der Reichskanzler Cuno, wie jeder seiner Nachfolger, hat den Vertriebenen und Geschädigten volle Schadloshaltung feierlich zugesagt, genau wie Herr Stresemann der Industrie. Nur ein kleiner Unterschied besteht: die Großindustrie hat ohne Beschluß des Parlaments heimlich 700 Millionen erhalten; aber die 40 oder 50 Millionen, welche der Ausschuss für die besetzten Gebiete und der Reichstag im August 1924 einstimmig über die allgemeinen Richtlinien hinaus forderten, sind nur teilweise bezahlt, teilweise bestritten oder abgelehnt worden.“

Hier lag eine Legitimation der Volksverteilung vor, aber die Regierung machte von ihr sparsamen Gebrauch.

Die Denkschrift der Regierung auf die Beschlüsse des 17. Ausschusses im vorigen Reichstag und die Behandlung des Ausschusses für die besetzten Gebiete im neuen Reichstag hat bei den Abgeordneten des Rheinlandes, auch der Regierungsparteien, Empörung erregt.

Bei der Ruhrindustrie lag keine Vollmacht vor, aber die Millionen Kosten.

Die große Masse der Geschädigten ist nur teilweise oder gar nicht berücksichtigt worden. Ihre Ansprüche werden verschleppt, einem unständlichen Verfahren unterworfen, und wenn einmal ein Anspruch dem Grunde nach anerkannt ist, so zurückgeschoben, daß in Rücksicht der Zinsen wenig übrig bleibt. — Das besetzte Gebiet hat

## Ich fleistere, ich fleistere...

Im Verlag J. F. W. Neff, erscheint demnächst Heftchen „Im Bann der Dämonen“. Es sind in der Lage, heute schon einen Vorbestellungspreis zu berechnen. Ein Suchthausbild von Felix Fehendeck.

In den ersten sechs Monaten wurde ich im Suchthaus mit Dämonen beschäftigt.

Das Dämonleben interessiert für's erste, solange alles neu und ungewohnt ist. Es zwingt den Anfänger auch zur Aufmerksamkeit, er muß seine Gedanken auf die Arbeit konzentrieren und so merkt er kaum, wie die Zeit vergeht.

Aber das ist nicht lange so. Schon nach ein paar Tagen werden einem die Handgriffe so geläufig, daß alles fast machinenmäßig geht.

Im Laufe eines Hundert gefütterter Kaffeebütensätze nach dem anderen für irgendeine Nürnberger Papierwarenfabrik, die aus den niedrigen Arbeitslöhnen der Strafanstalt wahrscheinlich hohen Gewinn zieht, und dabei denke ich in abgerissenen Gedanken an alles, nur nicht an die gefütterten Kaffeebütensätze, die ich hundert um hundert zusammenfleistere.

Bald, recht bald, wird das Dämonleben langweilig.

Schließlich wird man von diesem ewigen Einerlei ganz stumpf. Obwohl die monotone Beschäftigung keinerlei geistige Kräfte in Anspruch nimmt oder vielleicht gerade deshalb, erstirbt sie doch alle Verusche, sich während der Arbeit mit irgendeinem zusammenhängenden Gedankenkomplex zu beschäftigen. Es ist ein einseitiges Handeln mit Pinset und Kleistertopf.

In der Zelle neben mir ist ein Maschinenstricker. Den ganzen Tag bringen die dumpfen Stöße der Strickmaschine durch die Zellenwand. Ich habe das Gefühl, als klopfe mir jemand mit einem stumpfen Instrument leise, aber ohne Unterbrechung, gegen die Schädeldecke.

Vor Jahren lagte mir einmal ein geistig reglamer, junger Arbeiter, seine mechanische Beschäftigung in der Fabrik töte alles Denken bei der Arbeit. Ich meinte damals, dann sei er am Abend geistig ausgeruht und könne um so intensiver an Bildungsveranstaltungen teilnehmen.

Ich wurde eines anderen befehrt.

Er freute sich auf den Abend, der ihm Erholung von der Fron gönnte. Er kam mit frohem Eifer zu den Bildungstufen, brachte seinen unerfüllten Hunger nach Wissen mit und seinen besten Willen, wissenschaftlichen Darlegungen aufmerksam zu folgen, und doch empfand er, wie er mir sagte, zuweilen jeden Satz des Vortragenden wie einen schweren Hammer Schlag gegen seinen Kopf. Dann hatte er Mühe, dagegen anzukämpfen, daß die Stumpfheit ihn nicht überwältigte, die er tagsüber auf sich lasten sah.

Jetzt erst verstehe ich ihn ganz.

Jetzt begreife ich, was machinenmäßige Tätigkeit für den geistig gewetzten Arbeiter in der Fabrik bedeuten muß. Jetzt weiß ich, wie

das gleichmäßige Stampfen der Maschinen seine Nerven zermürben, wie die stete Wiederkehr gleicher, einformiger Handgriffe ihn geistig abstumpfen muß, weil er kein inneres Verhältnis zu seiner Beschäftigung hat, weil der Arbeit die Seele fehlt.

Auch meine Dämonleberei wirkt auf die Dauer durch ihre ewige Eintönigkeit und immerwährende Wiederholung mechanischer Handbewegungen geradezu geisttötend.

Der Anstaltsdirektor besucht jeden Monat einmal die Gefangenen in Einzelhaft und trägt, ob sie etwas vorzubringen hätten. Wie er das erstmal in meine Zelle kommt, bitte ich um eine wenigstens monotone Arbeit, vielleicht Schneiderei.

Keine Bitte wird abgelehnt.

„Sie bleiben bei dieser Arbeit! Ich weiß sehr wohl, worum ich Sie gerade der Papierarbeit zugeteilt habe.“

Eifrig, fast feindselig abweisend hat er das gesagt. Bieseitig habe ich mich gelächelt. Aber ich empfand die Ablehnung damals so.

Es bleibt also bei der Dämonleberei!

Und der Direktor sagt, daß er mich mit Vorbedacht zu dieser stumpfsinnigen Arbeit mit Pinset und Kleistertopf verurteilt hat.

Warum wohl?

Ich kann keinen vernünftigen Grund dafür finden. Aber als Suchthausgefangener habe ich zu gehorchen. Arbeitsoverweigerung würde Arrest zur Folge haben, und mir graut schon, wenn ich an die Arrestzelle mit dem Eisentag auch nur denke. Ich mache also gute Miene zum bösen Spiel und fleistere weiter Dämon zusammen. Hundert um hundert, Tausend um Tausend...

Trotz alledem, Kopf hoch!

Man muß versuchen, jedem Ding die beste Seite abzugewinnen und darf vor allem dem inneren Fraßstich nicht verfallen. Und man kann's, man muß nur daran glauben!

Ich denke in meiner vergitterten Zelle an schönere, freiere Tage, greife wieder zum Pinset und fleistere und fleistere...

Enrico Bossi †. Der Tod hält reichliche Ernte unter den italienischen Musikern. Nach Puccini und dem berühmten Tenoristen De Lucia ist jetzt auch Enrico Bossi von dem Schicksal der Ereignisse abberufen worden. Dem römischen Musikpublikum kam die Nachricht von dem Ableben des geschätzten Komponisten und Organisten völlig überraschend. Bossi, der eben von einer amerikanischen Konzertreise zurückgekehrt war, ist nach kurzem Unwohlsein im vierundzwanzigsten Lebensjahr in Rom plötzlich vom Tode überrascht worden. Die Todesnachricht wird auch in Deutschland, wo der Komponist nicht minder als in seinem Vaterlande geschätzt war, Teilnahme erwecken. Seine vorzüglich gearbeiteten Kompositionen für Orgel werden hier neben seinen gelegentlichen Kammermusikwerten nach Verdienst gewürdigt. Bossi verband mit außerordentlicher Fruchtbarkeit die hohe künstlerische Kultur, die ihn befähigte, die Traditionen der klassischen italienischen Schule streng zu wahren und bei aller Berücksichtigung moderner Aus-

drucksmitel auch der Schönheitslinie zu ihrem Recht zu verhelfen. Er wurde am 25. April 1861 in Solo geboren und hat neben seiner hochtätigen Tätigkeit als Organist auch als Lehrer an den Konservatorien in Neapel, Venedig und zuletzt als Direktor des Konservatoriums Santa Cecilia in Rom eine fruchtbringende Tätigkeit ausübt.

Neuer Drucklegungszwang für Doktor-Dissertationen. Ein jüngst ergangener Erlass des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung führt den Druckzwang für alle Dissertationen ein, die nach dem 31. März dieses Jahres eingereicht werden. Der Erlass vom 12. April 1920 wird grundsätzlich aufgehoben; er hatte bestimmt, daß statt der gedruckten Exemplare mindestens vier Stücke in Maschinenschrift in einem haltbaren Zustande, wenigstens heft broschiert, einzureichen sind und daß nur ein Auszug von wenigen Seiten gedruckt vorzulegen ist. Auch jetzt aber erklärt sich das Ministerium damit einverstanden, daß die Fakultäten in Einzelfällen bis auf weiteres nach den Grundregeln des früheren Erlasses verfahren, wenn der Doktorand sein wirtschaftliches Unvermögen nachweist.

Die Prominenten gegen das Geheimfalscher. Der Vorstand der Berliner Bühnenleiter hat eine Goggenkonvention geschaffen, nach der eine Reihe prominenter Künstler geheim einer bestimmten Goggenklasse zugewiesen werden, die kein Herbandsmitglied überschreiten darf. Die davon betroffenen Künstler haben daraufhin beschlossen, keine neuen Verträge mit Bühnen abzuschließen, die der Konvention angehören.

Prozess wegen unterliebener Schneen. Ein höchst origineller Prozeß, der durchaus in den Rahmen dieses noch originelleren Winters hineinpaßt, soll demnächst in Tirol zur Verhandlung kommen. Eine englische Reisegesellschaft war von Innsbruck nach einem bestimmten Tiroler Winterortspolizist aufgebracht, nachdem ihr der Verkehrsanspruch des Ortes auf eine Antrage mitgeteilt hatte, daß die Schneeverhältnisse für Winterportler geradezu ideal seien. Als die Engländer aber an Ort und Stelle eintrafen, fanden sie dort gerade so viel Schnee, daß sie zur Not daraus einen Schneemann hätten machen können. Die Engländer haben nun die Ortsverwaltung auf Erlass der Reise- und Anstaltsstellen verklagt, indem sie erklären, daß sie nicht gekommen wären, wenn man sie nicht durch die übermäßige Schilderung der örtlichen Schneefälle aufs Glatteis — des im übrigen auch nicht vorhanden war — gelockt hätte.

Ein neues Vogelzuggebiet bei Potsdam. Der Vögelzug Naturforscher und der Bund für Vogelzug haben kürzlich zu gleichen Rechten und Mächten eine Klage im Helmer Land bei Potsdam angefaßt, dessen Zirkel durch Vorkletterung und Zirkelpläne bedroht ist. Dem Schicksal der dortigen Tierwelt wäre nach einer Erweiterung des Vogelzuggebietes nichts zu wünschen.

Eine Wunderbühne für Thüringen, die an das Staatstheater Weimar unter Leitung des Generalintendanten Dr. Ulrich angegliedert werden soll, ist in der Bildung begriffen und soll bis zum Herbst unter Mithilfe der Volkshochschulen, Theatervereinigungen und Volkshäuser (Hilfsleistung) sein.

Ein dänischer Hängesand. In Alta San Angelo in den Abruzzen hat ein Bauer beim Säumen 90 kg rötliche Kupfermünzen gefunden, die nach dem Urteil von Sachverständigen aus der Zeit der Könige (I) und aus dem ersten Jahren der römischen Republik stammen.



# Waffenaufkäufer und Waffenleiter.

## Weitere Vernehmungen im Tscheka-Prozess.

BS. Leipzig, 27. Februar.

Am heutigen 14. Verhandlungstag des Tscheka-Prozesses wurde in der Vernehmung des Angeklagten Hufe fortgefahren. Zunächst beantragte R. A. Dr. Brandt, der Verteidiger Hufe, die Verlesung eines Briefes seines Mandanten an den Untersuchungsrichter Bogt, in dem Hufe seine vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben widerrief. Der Vorsitzende stellte hierzu fest, daß dieser Brief sich nicht bei den Akten befindet und daß das Gericht ihn ermitteln und dann bei der Vernehmung des Landgerichtsdirektors Bogt zur Verlesung bringen werde. Von der Reichsanwaltschaft wird darauf festgestellt, daß sich dieser Brief in den Akten befindet und daß er zur Verlesung gebracht wird.

In diesem Brief erklärt Hufe, daß er seine Aussagen, insbesondere über seine Tätigkeit bei der Russischen Botschaft usw. widerrufen. Er selbst habe das auch gar nicht gelagt, sondern sein Protokoll stelle weiter nichts, als die von Landgerichtsdirektor Bogt übertragenen Betreibungen Reumanns dar. Er habe diesen Vorhaltungen schließlich zugestimmt, weil Landgerichtsdirektor Bogt ihm gedroht habe, daß andernfalls seine Unteruchungshaft sehr lange dauern werde. R. A. Dr. Brandt: Obwohl der Angeklagte Hufe seine Betreibungen widerrufen hat, ist er, wie ich festgestellt habe, nicht mehr vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Reichsanwalt Dr. Neumann: Das ist richtig. Dann wurde zur

### Vernehmung des Handlungsgehilfen August Mayer

Angeklagter leugnet nicht, daß seine Partei die Diktatur des Proletariats will, wohl aber, daß wir diese Absicht 1923 hatten. — Vorl.: Woju war der hunderttausend Mark? — Angekl.: Ich bin doch nicht verantwortlich für das, was in Hamburg geschieht, oder was in den Rundschreiben steht. — Vorl.: Sie sollen in großem Umfange Waffen aufgekauft haben. — Angekl.: Ich werde nachweisen, daß ich nicht einmal eine Revolverpistole gekauft habe. — Der Vorl. stellt dem weiter fest, daß der Angeklagte Mayer unter dem Decknamen „Sänger“ nach Berlin gekommen ist und hier bei der Zentrale der SPD gearbeitet hat. Auf die Frage, ob Mayer das Revolutionskomitee bekannt sei, erklärt er, daß er davon nichts wisse. — Vorl.: Das ist doch merkwürdig. Dieses Revolutionskomitee war eine Abteilung für Waffenbeschaffung „Wumbo“ angegliedert. — Angekl. Mayer: Diesen Namen habe ich erst hier erfahren. — Vorl.: Als Waffenaufkäufer war ein Lehrer Baff aus Jella-Wehls unter dem Decknamen „Dr. Winkler“ tätig. Willen Sie, daß er Leiter der „Wumbo“ war? — Angekl.: Jawohl. — Vorl.: In den Diensten des Baff sollen Sie nun speziell gefunden haben. Was ihm sollen Sie Ihr ganzes Geld erhalten haben. Das haben Sie früher selbst betundet.

Der Angeklagte Mayer schildert darauf, daß er durch einen Genossen, den er nicht nennen wolle, als Mitarbeiter zum Reichswaffenleiter Baff alias „Dr. Winkler“ gekommen sei, dessen Amt dann später mit dem des Berliner Waffenleiters verbunden wurde. Durch Vermittlung des Angeklagten Hotopp habe er dann die Bekanntheit der Expedition Wisenthal und Sedendorf in Berlin gemacht, und zwar sei er dort als „Kranke“ vorgestellt worden. Im Auftrage Baffs sei er dann nach Hamburg gefahren, von wo eine Reihe von Kisten nach Berlin transportiert werden sollte. — Vorl.: Hat Baff Ihnen nicht gesagt, daß es sich um Kisten handelt, die Waffen enthielten, die er in Thüringen aufgekauft hatte? — Angekl.: Das habe ich erst in Hamburg erfahren. Ich sollte dort die Kisten sofort verladen und nach Berlin schicken lassen. — Vorl.: Wissen Sie nicht, daß die Waffen für den Hamburger Aufstand bestimmt, aber zu spät eingetroffen waren, daß sie deshalb nach Berlin für einen späteren Aufstand transportiert werden sollten?

Angekl.: Das weiß ich nicht. Es handelt sich, wie ich hörte, um Originalpistolen, Kaliber 835 und 765, für die extra Ueberprüfungen angefertigt wurden, weil die Originalpistolen von den Hamburger Arbeitern leicht als Waffenklein erkannt werden konnten. Die Sendungen gingen dann als Stahlware nach Berlin. Bei dieser Reise habe ich auch den Fabrikbesitzer Krenz aus Gella-Wehls kennengelernt, der mir erzählt, daß er kein Waffenkleinler sei, der mit Rechts und Links arbeite, sondern er liefere nur Waffen nach links, und zwar für die tschechische und tschechische Sozialdemokratie. In Berlin erhielt dann ein anderer Mann von „Winkler“ den Auftrag, den Waffentransport von der Expedition in der Behrer Straße zu leiten. Ich selbst weiß nichts davon, was mit der Sendung geschah ist. — Vorl.: Sie sollen auch noch einen gewissen Kroll mit dem Waffentransport beauftragt haben, der hier schon vor dem Staatsgerichtshof abgeurteilt worden ist. Angekl.: Nein, das war die andere Geschichte mit den Reichshülsen. Wann und wie diese Sendung, die aus vier Kisten bestand, abgeholt ist, weiß ich nicht.

Vorl.: Sie wollen aber in der fraglichen Zeit mit dem Angeklagten Kroll zusammenarbeiten haben. — Angekl. Mayer: Die Urklage behauptet, daß er mein Verbindungsmitglied gewesen sei. — Vorl.: Hat er nicht im Apparat der „Wumbo“

Paul „Daily News“ wird erwartet, daß eine alliierte Konferenz gegen den 17. März in Brüssel oder in London zusammenzutreten werde. Die britische Regierung habe zum Ausdruck gebracht, daß deutsche Delegierte eingeladen werden sollten, um die Forderungen zu erörtern, die Deutschland vorgelegt werden sollen.

### Verhaftungsmanie der Staatsanwaltschaft. Die strafrechtliche Vereinigung zu den Fällen Werthauer-Engelbert.

Die strafrechtliche Vereinigung der Berliner Rechtsanwaltschaft hielt gestern im Reichstag eine stark besuchte Versammlung ab, die sich wiederum mit dem Thema „Neue Verhaftungsmethode“ beschäftigte. Der Berichterstatter Justizrat Dr. Löwenstein führte dazu aus, daß seit der letzten Versammlung, die sich schon mit dieser Frage befaßt hatte, um ein neues Ereignis eingetreten sei, das nicht nur in Anwaltskreisen, sondern weit darüber hinaus berechtigter Erregung hervorgerufen habe. Der Fall Werthauer-Engelbert sei eine Illustration zu den jetzt herrschenden Praktiken der Behörde. Die vorgenommenen Durchsuchungen und Verhaftungen seien gleichmäßig gewesen, sie dürften nur vorgenommen werden, wenn Gefahr im Verzuge sei. Das konnte man aber in diesem Falle nicht behaupten. Ein Richter war jederzeit in Berlin zur Hand.

Sowohl im Justizministerium als auch beim Generalstaatsanwalt am Kammergericht habe der Vorstand der Vereinigung vollstes Verständnis für sein Vorgehen gefunden. Die maßgebenden Stellen seien befreit, Mißstände zu beheben.

Rechtsanwalt Dr. Halpekt betonte ergänzend, daß sich in der Praxis der Verhaftungen zweierlei Mißstände eingeschlichen hätten.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg teilte mit, daß er schon im preußischen Staatsrat unter schärfster Beurteilung den Fall vor-

gebeite? — Angekl.: Kroll weiß von der Waffengeschichte nichts. — Vorl.: Sie sollen regelmäßig mit ihm zusammen in der Deutsch-Russischen Handelsdelegation

in der Lindenstraße zu Berlin gewesen haben. — Angekl.: Jawohl, weil ich dort eine Kantine besaß und Kroll da viele Bekannte hatte. — Vorl.: Es ist doch merkwürdig, daß Sie als Deutsche dort verkehrten. — Mayer: Es verkehrten dort viel Deutsche und in der Kantine haben auch die Angestellten der „Wittoria“ gegessen. — Vorl.: Es handelt sich also um zwei Waffensendungen, eine von vier Kisten und eine von 32 Kisten. Den Waffentransport sollen Sie persönlich geleitet und vom Behrer Bahnhof nach Nützenberg gebracht haben. — Angekl.: Nein, das bestreite ich auf das Entschiedenste.

Der Vorsitzende stellt dann fest, daß bei dem in einem anderen Verfahren abgeurteilten Kroll zahlreiche Zettel gefunden worden sind, die dieser angeblich von Mayer zum Abschreiben erhalten hat. Diese Zettel enthalten

Aufzeichnungen über 44 Lagerplätze für Waffen, Material für Handgranaten, Sprengstoffe, Pistolen, Maschinengewehre und Zubehör, Munition, ferner enthalten sie Meldungen der Unterbezirke über Waffenlagerplätze.

Nach einer kurzen Pause stellte dann der Vorsitzende fest, daß der Angeklagte Mayer in verschiedenen Waffensendungen eine Rolle unter dem Namen Krause gespielt hat. Vor allen Dingen in der Sache Gädde (Beschlagnahme von Waffenlager in der Wiener- und Jägerstraße in Berlin). Angekl.: Einen Fall Gädde kenne ich nicht. — Vorl.: In ihrem Besitz sind bei Ihrer Verhaftung 1600 Dollar gefunden worden, sowie zahlreiche Quittungen über Geldbeträge, über die mit Baff getätigten Waffenaufkäufe. — Angekl.: Jawohl, es handelt sich dabei um kleine Beträge, die ich im Auftrage von Baff dem Szon übergeben habe.

Vorl.: Poege hat in der Voruntersuchung gesagt, daß Sie Waffenaufkäufer für Berlin-Brandenburg gewesen sind. Angeklagter Mayer: Ich habe in meinem ganzen Leben keine Waffe aufgekauft, ich war nur beim Waffenleiter tätig. Woher Poege das wissen will, ist mir rätselhaft. Angekl.: Poege: Diese Angaben habe ich nicht aus eigener Wissenschaft, sondern aus Erzählungen von Reumann, der mir das gesagt hat. Der Vorsitzende legt darauf dem Angeklagten Mayer die beim ihm gefundenen Quittungen vor, zu denen Mayer Erläuterungen gibt. Er gibt dabei zu, daß er die Quittungen selbst ausgehändigt habe. Sie lauten fast sämtlich über Dollarbeträge.

Vorl.: zu Mayer: Sie hatten für Ihr Waffengeschäft einen Benz-Wagen Nr. 1 A 7006? — Angekl.: Ja, bin wie mit dem Wagen gefahren, der Besitzer war ein gewisser Hagmann, der ihn auch selbst fuhr. — Vorl.: Das soll nur fingiert gewesen sein. Der Wagen soll der Partei gehört haben. Aus dem beschlagnahmten Fahrbuch des Wagens geht hervor, daß Sie sehr viel Fahrten gemacht haben. Woju sind Sie denn so oft Auto gefahren? — Angekl.: Baff war der Meinung, daß man aus Sparmaßregeln die von auswärts kommenden umgehend ignoriert abfertigen müsse, die Autofahrten waren immer noch billiger als die Speisen dieser Leute. Der Vorsitzende hält ihm darauf seine vor der Polizei gemachten Aussagen vor, wo er betundet hatte, daß ein Genosse Paul ihm mit Baff bekannt gemacht habe.

Vorl.: Reumann hat hier gesagt, daß er die Waffen für die Tscheka-Gruppe von Ihnen erhalten hat. — Angekl.: Reumann hat sich an mich gewandt, ich sollte ihm doch die Waffen besorgen. Ich habe ihn dann an Baff verwiesen, weil ich kein Verfügungsrecht über Waffen hatte. Ich habe niemals an jemand Waffen vergeben. — Vorl.: Sie sollen ihm auch Sprengstoffe geliefert haben. — Angekl.: Das ist ebenfalls nicht richtig. — Angekl. Reumann: Es ist so, wie ich es dargestellt habe. Mayer hat mir die Waffen verprochen. Als sie nicht kamen, beschwerte ich mich bei Baff. Daraufhin trat ich mich dann mit Mayer, der den Decknamen „Winkler“ hatte, dabei hatte er, er könne mir auch Sprengstoffe liefern. Die Originalpistolen, Munition und Sprengstoffe würden mir dann von Seemann überbracht. — Vorl.: Was sagen Sie dazu Herr Mayer? — Angekl.: Ich bleibe dabei, daß Reumann wohl mit mir gesprochen hat, daß ich ihn aber an Baff weiter verwiesen habe.

### Eine Erklärung der Verteidiger.

Korrespondenz BS. teilt mit: Zu der halbamtlichen W.D.-Darstellung über den Verlauf der Konferenz, welche der Reichsjustizminister mit den Verteidigern des Tscheka-Prozesses gehabt hat, werden wir von den in Frage kommenden Verteidigern, Rechtsanwälten Karjchner, Rosenfeld und Wolf um die Wiedergabe folgender Erklärung ersucht: „Es ist nicht richtig, daß auf die Vorstellungen der Verteidiger der Herr Minister lediglich darauf verwiesen habe, es handle sich um eine von der Verteidigung angelegte Wohnnahme, die als ein Eingriff in die Rechtspflege erscheinen konnte und deshalb unzulässig sei. Der Minister hat vielmehr ausdrücklich erklärt, daß er die prinzipielle Frage, ob der Vorsitzende des Gerichts berechtigt sei, die Rechte der Verteidigung für veranlagt zu erklären und den Verteidiger aus den Saal hinauszutreiben, einer eingehenden Prüfung unterziehen wolle.“

gebracht habe. Der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums habe dem Regierungsvorsteher in vorläufiger Weise zu verstehen gegeben, daß die Regierung das Vorgehen der Staatsanwaltschaft im Falle Werthauer nicht billige.

Rechtsanwalt Dr. Loewe bemängelte, daß bei dem schwierigen Material der Fälle Krüster-Bornet die Staatsanwaltschaft von recht jungen Herren vertreten sei. Es wäre wünschenswert, daß möglichst erfahrene Beamte mit derartigen Ermittlungen betraut würden.

Rechtsanwalt Hegg glaubte, daß man die Form der Festnahme auf jeden Fall revidieren müsse, daß man aber nicht wissen könne, ob zu jenem Zeitpunkt die Staatsanwaltschaft nicht Anhaltspunkte zu haben glaubte, da das Material sich stark verdichtet hatte. Ein Strauchdiebstahl kam allerdings bei beiden Kollegen nicht in Frage. Im Schlusswort sagte Justizrat Loewenstein in der Ansprache zusammen, daß das Vorgehen der Staatsanwaltschaft underechtig war. Es sei nicht zu verstehen, weshalb plötzlich Gefahr im Verzuge gewesen sei. Notwendig wäre es, in einer Eingabe das Justizministerium zu ersuchen, daß es darauf dringe, daß die immer noch in Kraft stehende Justizministerialverordnung vom Jahre 1918 künftig streng eingehalten werde.

Die Versammlung erklärte sich mit der Abänderung der beantragten Eingabe an das Justizministerium einverstanden. Damit endete die Aussprache.

Stein-Kampellischen“ lautet uns einen Schreibzettel, in dem er mitteilt, daß er sich nicht, wie in einer Kritik des „Vorwärts“ zu lesen war, aus persönlichen Gründen länger als ein Jahrzehnt ins politische Dunkel zurückgezogen“ habe. Nur während des Krieges habe er seine schriftstellerischen Ergüsse einstellen müssen. Außerdem legt er Wert auf die Feststellung, daß er auch nach unter andernm Decknamen seine geistigen Angriffe gegen die Sozialdemokratie vom Stapel läßt, nämlich als „Gerd Fritz Leberich“ und „Bookout“. Man wird sich auch diese Namen merken dürfen.

wiele Lasten getragen und Proben bestanden. Alle Stände und Parteien hätten sich vereinigt zur Abwehr. Im Vordergrund standen die Beamten, Arbeiter und die breiten Schichten des Volkes, ohne die Befreiung der Großen geringfügigen zu wollen. Jetzt bei der Entscheidung ist es umgekehrt.

Die Großen kommen zuerst dran, und die Kleinen können warten.

Die Regierung hat eine neue schwere Last auf das besetzte Gebiet gewälzt. Sie hat die Verdrossenheit gefördert. Der Separatismus schmunzelt. Die Kommunisten wählen und hehen.“

### Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

„Ein gutes Kompromiß“.

Paris, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Handelsminister Ragnaldi wird die deutschen Vorschläge am Freitag der französischen Regierung unterbreiten. Man hofft, daß auch Frankreich Entgegenkommen zeigen wird und daß es zu einer endgültigen Einigung kommt. Staatssekretär Trendelenburg beabsichtigt, sich am Sonnabend abend mit der deutschen Delegation nach Berlin zu begeben, um dort in enger Fühlung mit der Regierung die Vorbereitungen für die endgültigen Verhandlungen zu treffen. In den Verhandlungen nach dem 16. März sollen die Einzelheiten des vorläufigen Vertrages, dessen Grundlinien nunmehr feststehen, ausgearbeitet werden. Umstritten sind dabei vor allem noch die Posten Eisen, Wein und Baumwolle.

Die jetzt erzielte grundsätzliche Einigung wird in unterrichteten Kreisen als ein gutes Kompromiß der beiden Auffassungen bezeichnet. Dem auf die Dauer von neun Monaten vorgeesehenen vorläufigen Abkommen soll später ein kurzer Uebergangszustand folgen, ehe der endgültige Handelsvertrag in Kraft tritt. Im vorläufigen Abkommen und für die Uebergangszeit erklärt sich Deutschland mit einer beschränkten unterschiedlichen Behandlung gewisser deutscher Waren einverstanden, die es allerdings seinerseits auf gewisse französische Waren anwenden wird. Es ist vorgeesehen, daß Deutschland das vorläufige Abkommen innerhalb zwei Monaten kündigen kann, wenn Frankreich durch ein neues Zollsystem die Deutschland zugesicherte Meißbegünstigung zunichtem macht. Für gewisse elch-losbringende Waren sind beschränkte Vergünstigungen vorgeesehen.

### England und die Räumungsfrage.

Eine Erklärung Chamberlains.

London, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain erklärte am Donnerstag auf eine Anfrage des Liberalen Abg. Morris, daß die englische Regierung immer den Standpunkt vertreten habe, die im Friedensvertrag vorgezeichneten Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete seien vom Inkrafttreten des Friedensvertrags, d. h. vom 10. Januar 1920 ab, womit die englische Regierung erneut bestätigt, daß die Räumung Kölns am 10. Januar zu erfolgen hätte.

### Garantiepaakt und Sicherheit.

Paris, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten der Entente haben bisher noch immer zu keinem positiven Ergebnis geführt, da die französische Regierung sich weigert, für die von England gewünschte interalliierte Konferenz irgendwelche bindenden Zusagen zu geben, bevor sie von dem Gutachten des Militärkomitees von Versailles Kenntnis erhalten habe. „Frankreich kann sich unter keinen Umständen auf irgendein Konferenzprogramm festlegen lassen“, schreibt am Freitagmorgen der „Matin“, solange es nicht in der Lage ist, sich über den Bericht der Militärkontrollkommission und über seine Tragweite auf Grund des Gutachtens des Versailler Komitees ein endgültiges Urteil zu bilden. „Was diese französische Verschleppung bezweckt, wird deutlich, wenn das Blatt fortfährt, die französische Regierung habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, das durch den Widerstand der englischen Dominions durchgeführte Genfer Protokoll durch einen regionalen Garantiepaakt“ ersetzt zu sehen. Wenn die Verhandlungen darüber auch unabhängig von der Entscheidung über die Dauer der Besetzung von Köln seien, so stehe doch außer Zweifel, daß, wenn Deutschland in der Zwischenzeit Beweise seines guten Willens gegenüber allen seinen Nachbarn ohne Ausnahme und ohne Unterschied gebe, die Verhandlungen über die Räumung sich in einer weniger gespannten Atmosphäre abwickeln könnten. Die französische Politik werde unter allen Umständen konsequent bleiben. Für Frankreich komme eine Abrüstung nicht in Frage, solange seine Sicherheit nicht garantiert sei. Und unter Abrüstung sei dabei nicht nur die Verminderung seiner Streitkräfte zu Wasser und zu Lande, sondern auch eine Berringerung der Garantien zu verstehen, die Frankreich augenblicklich die Besetzung des Rheinlandes gebe.

### Neue Krisengefahr.

London, 27. Februar. (BSA.) Unter der Ueberschrift „Durchgreifende Forderungen an Deutschland“ veröffentlicht „Daily News“ auf der vordersten Seite in großer Aufmachung einen Artikel, worin es heißt, eine häßliche Lage entwickle sich im Zusammenhang mit der Frage der deutschen Abrüstung. Die Räumung Kölns stehe jetzt in Gefahr, bis zum September oder Oktober, vielleicht sogar bis zum nächsten Jahre aufgeschoben zu werden. In Versailles geschähen Dinge, die wirklich die Hände Großbritanniens binden würden, wenn es nicht eine Krise in seinen Beziehungen zu Frankreich auf sich nehmen würde. Marshall Hoag und die übrigen Mitglieder des Versailler Komitees seien dabei, auf den Bericht der Kontrollkommission gestützte Forderungen an Deutschland zu formulieren. Trotzdem die Beratungen in Versailles geheim seien, verlautete von inspirierter Seite, daß diese Forderungen von Deutschland in höchstens 6—8 Monaten erfüllt werden könnten und daß das Versailler Komitee „fast einstimmig“ zu seiner Ansicht gekommen sei. Es bestände guter Grund zu der Annahme, daß der britische Vertreter die Ausnahme bilde. Wie verlautet, habe Generalmajor Clive seine eigenen Befürchtungen der Regierung in London mitgeteilt. Ueber das Ergebnis verlautete aber nichts. Es bestände die klare Gefahr, daß die britische Ansicht zurückgewiesen werden würde. Europa stehe dann vor einer neuen Krise und der gute Wille Deutschlands für einen Sicherheitspaakt sei dann vielleicht unwiderruflich verloren. Der Bericht der Kontrollkommission sei in London sorgsam geprüft worden und bestimmte Ansichten seien auf der Grundlage des Berichts gefaßt worden. Eine maßgebende Persönlichkeit habe erklärt, der Bericht enthalte sehr viel, was ernsthaft zu verdammen sei, aber auch viel wertvolles Gerüchte. Leider sei es das letztere, was die Schwierigkeiten zu bereiten drohe. Das Ziel der Franzosen sei die Aufrechterhaltung der Besetzung, bis die Sicherheitsfrage gelöst sei, daher der Versuch, eine Liste unmöglicher Forderungen vorzubringen. Unter diesen Umständen sei es nicht überraschend, wenn noch niemand sagen könnte, ob der Bericht der Kontrollkommission veröffentlicht werde. Chamberlains zusammenhängende Auskunft auf diese Frage im Unterhaus am Mittwoch spiegelte die Ansicht der britischen Regierung richtig wider, daß nämlich die volle, ungezügelt veröffentlichte staatsfinden müsse oder überhaupt keine.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Eisenbahner erheben Protest.

Eine überfüllte Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes am Donnerstagabend in den Rüstertalern nahm, wie wir bereits meldeten, den Bericht des Bezirksleiters Dresse entgegen. Der Redner ging auf die Beschlüsse der Bezirksleiterkonferenz vom 30. Januar ein, die besagten, daß die Eisenbahner unter keinen Umständen die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, wie sie die heutige Reichsbahngesellschaft anwendet, noch länger ertragen können. Die übrigen Tarifkontrahenten haben sich den von uns gestellten Forderungen angeschlossen. Es ist nicht wahr, daß, wie der „F. V.“ immer zum Ausdruck bringt, unsere Forderungen nur für Schwerstarbeiter gelten. Allgemein muß gesagt werden, daß der Verwaltungsrat sich sehr lange Zeit gelassen hat, um überhaupt in Verhandlungen zu treten. Aber auch die Beamten haben ihre Forderungen gestellt. Und von diesen Forderungen versucht es die Verwaltung abhängig zu machen, auch den Forderungen der Eisenbahner nachzukommen. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben durch den Finanzminister einen ablehnenden Bescheid erhalten. Weiter wurde gefordert die Beseitigung des Bedingensystems auf den Güterböden, Bahnbetriebswerken usw. Er glaubt, daß die Eisenbahner in der nächsten Zeit in erhöhter Alarm- und Kampfbereitschaft halten müssen. Er ging dann weiter ein auf das Betriebsrätegesetz und den Härteparagrafen, der ja infolge der Sonderstellung der Reichsbahn zu diesem Paragrafen die Eisenbahner zu Staatsbürgern zweiter Klasse erniedrigt. Auch hierüber wird in der nächsten Zeit energisch geredet werden müssen. Treffend kennzeichnete er die Stellungnahme des Magistrats Hildebrand, die immer sehr schwankend ist und schließlich in der Entscheidung für die Verwaltung ausschlägt.

Sämtliche Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß sie sich diese Behandlung nicht mehr gefallen lassen wollen. Sie wollen nicht wieder in das Hörigkeitsverhältnis der Vorkriegszeit zurück und fordern von der Ortsverwaltung, Bezirksleitung und Hauptvorstand, daß dieses Mal mit allen verfügbaren Mitteln der Kampf aufgenommen und durchgeführt wird.

In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Dieser Standpunkt der Reichsbahngesellschaft, die eben erst einer kleinen Gruppe von höheren Beamten Millionenbeträge zugeföhrt hat, Beträge, mit denen Zehntausende von Arbeitern das ganze Jahr über entlohnt werden könnten, ist eine offene Provokation des gesamten Personals und muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Eisenbahner, Beamte wie Arbeiter, sind nicht gewillt, diese kapitalistischen Ausbeutungsmethoden widerstandslos hinzunehmen. Sie fordern von ihrer Organisation schärfste Zurückweisung dieser unerhörten Brüstlerung durch die Reichsbahngesellschaft und verlangen die Durchsicht der gestellten Forderungen in bezug auf Lohnerhöhung und Einführung des achtstündigen Arbeitstages. In Erkenntnis, daß dieser Weg aber nur erfolgreich beschränkt werden kann durch einiges Zusammenstehen und Handeln des Personals, rufen die Teilnehmer allen Kollegen zu, schnellstens den organisatorischen Zusammenschluß in der Einheitsorganisation vorzunehmen.“

## Nationalismus in der Reichsbahn.

In gewissen Kreisen der Reichsbahn ist man lebhaft daran interessiert, das sogenannte Nationalinteresse unter den Eisenbahnern zu fördern. Bis hierher sind diese Bestrebungen ziemlich distret geblieben. Das scheint jetzt anders werden zu sollen. Im Amtsblatt Nr. 19 vom 25. Februar wird aufgefordert, die vom Arbeitsauschuss eingeleitete Sammlung für die im Weltkrieg Gefallenen der deutschen Eisenbahnen zu unterstützen. Es handelt sich um die Errichtung eines Denkmals. Dagegen wäre an sich wenig einzuwenden.

Bedenklich wird die Sache schon, wenn in dem Amtsblatt gefordert wird, daß die Dienstvorstände die Durchführung der Sammlung zu fördern haben. Man weiß, wie das gemacht wird und wie die Eisenbahner, die heute zu den schlechtest bezahlten Arbeitergruppen gehören, von den vorgeföhnten Dienststellen unter Druck gesetzt werden, wenn derartige Anweisungen ergehen. Vor allen Dingen aber ist es ganz unzulässig, wenn auf diesem Wege der deutschnationale „Reichsbund für Eisenbahnarbeiter, Beamte und Anwärter“ bei dieser Gelegenheit gefördert wird, um den in ihrer brüderlichen Wehrheit gut

republikanischen Eisenbahnern das völkische Gift einzuspritzen. Wir nehmen an, daß der Generaldirektor Dejer bei dieser Angelegenheit über die wahren Absichten des Unternehmens getäuscht worden ist. Man weiß nur zu gut, wie die gelben nationalistischen Organisationen mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln zu wirtschaften pflegen. Auf jeden Fall ist es durchaus unzulässig, daß unter dem Deckmantel des Patriotismus völkische Organisationen von der Direktion der Reichsbahn gefördert werden.

## In der Wachgesellschaft „Wachalarm“, Neutölln.

Im Berliner Bewachungsgewerbe versucht die christliche Organisation ohne Erfolg Mitglieder zu werben. Obwohl diese Organisation aus Konkurrenz niedrigere Beiträge erhebt als der Deutsche Verkehrsband, ist es für die Wachangestellten klar, daß die christliche Organisation nicht die für sie geeignete Vertretung sein kann. Was man agitatorisch nicht erreichen kann, versucht man mit Gewalt.

Bei der Wachgesellschaft Wachalarm, Neutölln, Berliner Straße 7/8, erprobt man mit Hilfe des Arbeitgebers ein Mittel, mit welchem man die Arbeitnehmer auch gegen ihren Willen in den christlichen Verband hineinpressen kann. Die immer noch andauernde Arbeitslosigkeit zwingt manchen Arbeiter, der sonst nie daran denken würde, Wächter zu werden, in den Dienst genannter Gesellschaft zu treten, welche die Bewachung speziell bei der Nordbahn ausführt. Bei der Einstellung wird dem angehenden Wächter erklärt, alle Angestellten seien christlich organisiert und es wird durch den Inspektor Wenzel zugleich der Aufnahmechein für den christlichen Verband der Fabrik- und Transportarbeiter verabfolgt. An den Zahltagen wird durch den Inspektor Wenzel auch dafür gesorgt, daß die Beiträge bezahlt werden. Unterstützt wird Wenzel von dem Kontrolleur Radomski, der solange freigeberlich organisiert war und zu denjenigen gehörte, die nicht genug auf die Leitung schimpfen konnten, bis er Kontrolleur wurde. Jetzt sah er mit einemmal ein, daß er besser zu den Christen passe, um so mehr dieser Herr auch noch Obmann des Betriebsrats war. Er hielt es trotz seiner Ernennung nicht für notwendig, diesen Posten niederzulegen. Die Geschichte der Wachangestellten dieser Gesellschaft liegt also in guter Hand.

Das oben Geschilderte geschieht unter den Augen und mit Wissen der Inhaber der Gesellschaft, Oberleutnant a. D. Witte und Oberst a. D. Lorges. Es ist anzunehmen, daß diese Herren der Auffassung sind, die deutsche Reichsverfassung betr. Freiheit der Koalition sei bereits aufgehoben. Nur nicht mit dem Vertreter des Verkehrsbandes zusammenkommen zu müssen, ist bei ihnen oberstes Gesetz.

Daß die Wächter genannter Gesellschaft sich derartige Zustände gefallen lassen, ist bedauerlich, denn von dem Wirken der christlichen Organisation sind sie nicht sehr erbaut. Ein großer Teil der Wachangestellten erkennt an, daß nur der Deutsche Verkehrsband die geeignete Interessensvertretung ist, traut sich aber aus Furcht vor Entlassung nicht, offen und ehrlich ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Daß in den anderen Gesellschaften noch vernünftige Zustände herrschen, ist ein Verdienst der einzigen für die Wachgesellschaften in Frage kommenden Organisation, dem Deutschen Verkehrsband.

## Die Berliner Töpfer.

Die Fachgruppe der Töpfer im Deutschen Bauergewerksbund hielt am 23. Februar ihre Generalversammlung ab. Kemnitz gab den Jahresbericht und streifte darin die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Während bis zum Herbst 30 bis 50 Proz. der Kollegen arbeitslos waren, war im November ein Mangel an Berufsstellen zu verzeichnen, weil sich nun die jahrelang zurückgebliebenen Reparaturarbeiten zusammenbündeln. Es hat den Anschein, als ob im laufenden Jahre eine bessere Bautätigkeit zu erwarten ist. In den Kachel- und Ziegelfabriken wird zurzeit mit Hochdruck gearbeitet. Die Zahl der beschäftigten Kollegen hat bedeutend zugenommen.

Die Fachgruppe nimmt langsam an Mitglieder zu. Der Organisationsstreik hat nur zeitweise lähmend auf die Organisation gewirkt. Bei der Frühjahrslöhnbewegung muß unbedingt die Lehrlingsfrage in den Vordergrund gerückt werden. Die Artikel der Arbeitgeberzeitung zur Propaganda für die Einstellung von Lehrlingen haben bewirkt, daß der in Berlin damit beauftragte Meister nicht mehr imstande ist, die angemeldeten Lehrlinge unterzubringen. Die Töpferhütte hat sich gut entwickelt. Den bezweifelhaften Angelegenheiten wird nach wie vor besondere Beachtung gewidmet.

Die Debatte über den Reichsverbandbericht beschäftigte sich hauptsächlich mit beruflichen und bezweifelhaften Angelegenheiten. Da man der Ansicht war, daß in absehbarer Zeit für Berlin neben dem Bau-

leiter ein angestellter Fachgruppenleiter notwendig wird, soll noch häufiger Kenntnis die Geschäfte der Fachgruppe für Berlin erledigen. In die Lohnkommission wurden gewählt: Trautmann, John, Boep und Boag. Die Fachgruppenleitung wurde ferner beauftragt, betreffs des Arbeitsnachweises und neuer Lohnforderungen die notwendigen Schritte zu unternehmen.

## Hilfsarbeiter der Metallindustrie!

Die Hilfsarbeiter sind die am schlechtesten bezahlte Schicht der Berliner Metallarbeiter. Es ist höchste Zeit, daß sie sich ihrer elenden Lage, aber auch ihrer gewerkschaftlichen Pflicht bewußt werden, da das jetzige Lohnabkommen am 31. März abläuft. Es findet daher am Sonntag vormittag 10 Uhr im Verbandshaus, Vinsensstr. 83-85, Parterre, eine allgemeine Versammlung der Transport-, Hilfs- und Eisengießereiarbeiter der Metallindustrie Groß-Berlins statt. Zahlreicher Besuch, auch der unorganisierten Kollegen, wird erwartet. Deutscher Metallarbeiterverband, Branche der Hilfsarbeiter.

## Erledigtes Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau.

Essen, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verbände der technischen Angestellten des Ruhrbergbaues haben dem Zentralverband unterm 26. Februar folgendes Schreiben zugesandt: Die unterzeichneten Verbände stellen fest, daß das Mehrarbeitsabkommen (Schiedsspruch vom 25. Juni 1924) infolge der zum 1. Februar 1925 ausgebrochenen Kündigung in vielen Zonen abgelaufen ist. Damit haben die technischen Angestellten des Ruhrbergbaues Anspruch auf die im Tarifvertrag festgelegte Arbeitszeit und auf die festgelegte Bezahlung der Arbeiter- und Sonntagsarbeit.

## Belgischer Bergarbeiterkongress.

Brüssel, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag tagte in Brüssel ein außerordentlicher, von 200 Delegierten aller Reviere besuchter Kongress der belgischen Bergarbeiter, um zu dem Konflikt im Bergbau Stellung zu nehmen. Der Kongress ergriff zunächst stehend das Andenken der verunglückten Dortmunder Kameraden. Nach einem Referat des Sekretärs Delatte und eingehender Aussprache, an der sich Delegierte aller Reviere beteiligten, wurde mit großer Mehrheit eine Entschlieung angenommen, in der die Arbeiterdelegierten in der belgischen Kohlenkommission beauftragt werden, angesichts der Lage der Montanindustrie die von den Grubenbesitzern für 1. März angekündigte Lohnkürzung sowie die Kündigung des gegenwärtigen Tarifvertrages anzunehmen. Gleichzeit soll dafür eingetreten werden, daß bei den neu zu vereinbarenden Löhnen nicht gewisse Arbeitergruppen benachteiligt werden und der Lohn jedenfalls nicht unter den Stand vom Jahre 1929 sinkt. (Die Lohnkürzung wird auf Grund des geltenden Vertrags vorgenommen, der, je nach der Teuerung, eine gleitende Lohnskala vorsieht.)

## Textilarbeiterausperrung in Polen.

Lodz, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung der Fabrik Schreiber, Grobmann & Geier hat ihren Arbeitern erklärt, daß nach Ablauf der zweimonatlichen Kündigungsfrist die Arbeit unter neuen Bedingungen aufgenommen werden müsse, da sie zur Aufrechterhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit gezwungen sei, das Bedienungspersonal an den Spinn- und Webmaschinen einzuschränken. Da die von den Arbeitern gewünschte Intervention des Arbeitsinspektors und der Gewerkschaften zu keinem Resultat führte, kam es zu einem Lockout in der Fabrik, wobei der Direktor Kofel verwundet wurde. Nachdem die Polizei eingegriffen war, gab die Direktion bekannt, daß die Fabrik auf unbestimmte Zeit geschlossen werde.

## Erucuerung des „Dreibundes“.

London, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Konferenz der Bergarbeiter beschloß gestern, sich mit anderen führenden Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um die Frage einer gegenwärtigen Unterstützung bei den kommenden Lohnkämpfen zu erörtern. Bekanntlich bestand früher bereits der sogenannte Dreibund der Arbeiter im Bergbau, in der Metallindustrie und dem Bergbau, der jedoch seinerzeit auseinanderfiel.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Wilh. Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eckardt; Kunstleben: R. A. Böhm; Lokales und Sonstiges: Rich. Kahlert; Anzeigen: Ed. Glöck. Sämtlich in Berlin; Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; Anzeigen: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; Anzeigen: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

# Bekanntmachung!

Wir verkaufen

**Bekleidungsstücke aus Heeresbeständen**  
und anderen Räumungsposten zu  
sehr vorteilhaften Preisen:

Mützen aus Militärtuch, neu	M. 0.60
Brotbeutel mit Band, gebraucht	0.85
Hausthandschuhe, neu	1.-
Grubenhemden, dunkles Arbeitshemd, neu	1.45
Blaue holl. Waffenröcke, gebr.	3.-
Blaue und graue Sweater und Strickjacken, neu	3.75
Blaue Monteurjacken, neu	3.50
Blaue Schlosserhosen, neu	2.50
Feldgraue Dreilanzzüge (Rock u. Hose) neu	7.-
Ein Posten Cord-Manchesterwesten	4.50
Manchesterhosen, sehr haltbar	9.80
Feldgraue Tuchhosen, neu	6.75
Gestreifte Sonntagshosen	6.50 u. 8.50
Starke Arbeitshosen, engl. Leder u. Buxkin	5.90
Hohe Eisenbahner-Fitzstiefel, neu besohlt	8.-
Eisenbahnermäntel gefüttert, gebr.	8.50
Engl. Gummi-Pelermolen, gebr.	4.10
Ein Posten Hausschuhe	1.50
Neue Mäntel, Ulster	9.50
Schlafdecken, grau gestreift	2.80

**Bekleidung für Stadt und Land**  
G. m. b. H. Kom. Ges.  
Berlin O 17, Langestraße 79

**Bären-Stiefel**  
unverwundliche  
wasserdichte  
Strapazier-Stiefel  
für Straße u. Sport  
**Hans Bähr, Spittelmarkt 7** (vor der Brücke)

**Zähne 1. 2. G.-M. Teilzahlung**  
ab 1. G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. rsatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahn. mit Belaub 1 G.-M. an. Bestelle von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.  
**Hafvann, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.**  
Vorzugsweise 10% Rabatt.

**Gardinen**  
Sonderangebote - Gelegenheitskäufe in Resten  
Stones, Bettdecken, Madras- und Kissen Gardinen.  
social-Gardinenwerkstatt  
Neukölln, Burgstr. 67  
am Ringbahnh.

**Teilzahlung!**  
**MÖBEL**  
Sehr günstige Zahlungsbedingungen zu billigsten Preisen!  
**Camnitzer**  
Schönhauser Allee 82, 1  
am Hochbahnhof No drino

**Dezimalwagen**  
Tafelwag., Gewichte, Billigste Preise. Sollen Lager  
**Georg Wagner**  
Köpenicker Str. 71  
100 Jahre Jubiläum  
keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentlich billigere Preise

**Gelegenheit**  
Reste f. Wintermäntel u. Kostüme  
Sealpußsch., Samt, Krimmer,  
Futterselken u. Halbselken  
bedeutend unter Preis.  
**Haarpuder, Goltzstr. 2**  
(Grunewaldstraße)

**Wer Möbel kaufen will, muß unser neues Zahlungs-System kennen!**

Fragen Sie uns — und wir sagen Ihnen den Weg, der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.  
Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen, daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.  
Was uns betrifft — wir haben auch Vertrauen zu Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.

**Willstätt & Co.** am Wannsee-Bahnhof  
Berlin-Edie, Edie Albrechtstraße Steglitz

**Korbmöbel**  
eine Herstellung edigsten Aussehen kauf. Sie gr. Auswahl vorhat u. billig im sozial-Korbmöbelhaus  
**Edmund Voß**  
Köpenick, Berliner Str. 14  
am Hermannsplatz  
Tel. Nr. 1111, Z. 1111  
**Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billig!**  
des Vorwärts und trotzdem

**Rinderland 1925**  
Preis 1.20 Mark  
zu haben in der Buchhandlung J. B. B. Dieck und in der Buchhandlung Buchdruckerei Rindfleisch & S. in allen Buchhandlungen, Buchhändlern und -Raffinieren nehmen ebenfalls Bestellungen gern entgegen.

**Ischias**  
Schmerzhaft, bedrohlich, für die schwere Fälle besorgt werden. Unschuldigem Jährlings, Gicht, Rheuma, Arztl. empfohlen.  
Königsplatz 106, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, Juch

**Zur Einsegnung**  
ganz besonders preiswerte Angebote!  
Empfehle außerdem mein reichhaltiges Lager fertiger  
**Herren- und Knaben-Garderobe**  
Anfertigung nach Maß  
unter Verwendung nur haltbarer Stoffe u. Zutaten. Garanti. für beste Passform  
**Sport- und Berufskleidung**  
Gummi- und Loden-Mäntel  
**J. Baer** Berlin N., Badstr. 26  
Ecke Prinzenallee

**Hosen-Anders**  
Beusselstraße 25  
Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen im „Vorwärts“ und trotzdem billig!



Zigeuner im Westen.

Bisher haben die Zigeuner eigentlich immer nur im Osten und Nordosten Berlins ihr Standquartier aufgeschlagen. Seit einiger Zeit sind sie mit ihren Wagen und dem ganzen Hausrat auch nach dem Westen gekommen und haben in ein paar westlichen Vororten festen Fuß gefaßt, wenn man das Wortchen fest überhaupt auf dieses flüchtige Völkchen anwenden darf. Am Morgen sieht man Frauen und Kinder, ein wenig phantastisch aufgezupft, mit großen bunten Schleifen oder Blumen im Haar, in den Geschäften. Ihr Anblick ist hier durchaus ungewohnt. Unter den Frauen und Mädchen sieht man große Schönheiten, die allerdings früh ins leppige sich wandeln und bald welken. Man sieht, wie diese Zigeunerinnen alle, auch wenn sie noch halbe Kinder sind, von maßloser Raubgierigkeit ergriffen sind. Bevor sie am Morgen in den Bäckerladen gehen, kaufen sie Zigaretten. Die brennende Zigarette wandert dann von Hand zu Hand, oder besser gesagt, von Mund zu Mund.

Um die Wagen und Wohnstätten der Zigeuner hat sich stets viel neugieriges Volk verammelt. Man laßt über sie, ist sehr kritisch und dünkt sich hoch erhaben über die Zigeuner, die, unbetümmert um die Zuschauer, ihrer Beschäftigung nachgehen mit einer südländischen Nonchalance und Unbetümmertheit, als wären sie allein und ganz unter sich. Immer haben sie laut zu erzählen, und immer wandert die Zigarette herum. Zuerst zündet sie der Mann an, dann wirft er sie in lächelndem Schwung der Frau zu, die sie geschickt auffängt, und die letzten Züge tut mit großem Behagen eines der vielen Kleinen, die da herumwimmeln.

Mittags ist in diesen Tagen die Sonne schon warm und wohlthuend. Dann sitzen sie vor ihren Wagen und lassen sich die Sonne auf Kopf und Körper brennen, starr, regungslos, als gebe es nichts anderes und nichts Besseres zu tun, als sich in der Sonne zu wärmen. Und wenn sie dabei sich unterhalten, dann hat man immer den Eindruck, als ob sie sich lustig machen über ihre Zuschauer und Kritiker. Venau hat einst von Zigeunern gefunzen: „Es hoben's die drei mit gezeitigt — wenn es am dunkelsten nachtet — wie man das Leben verachtet, verspielt und vergeißt — und es dreimal verachtet!“ So ist es gewiß auch heute noch.

Die Geschichte einer Kindesaussetzung! Weil sie von allen verlassen war.

Unter der Anklage der Kindesaussetzung wurde gestern die unverheiratete Dienstmagd Helene Lamprecht dem Schöffengericht Tempelhofer aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Verhandlung entrollte das Schicksal einer unehelichen Mutter, die vom Vater ihres Kindes im Stich gelassen worden war.

Die Angeklagte war bei einem Bauern in Kürzig in Stellung gewesen und hatte am 31. Oktober 1921 ein Kind geboren. Mit dem Neugeborenen war sie am 3. November nach Berlin gefahren und hatte es in einem Hausflur in der Mariendorfer Straße ausgesetzt. Unter Tränen gestand die Angeklagte ihre Schuld ein. Sie sei in Verzweiflung gewesen und habe nicht gewußt, wo sie mit dem Kinde hin sollte. Ihr Verführer, von dem sie schon ein Kind gehabt habe, sei, als er die weiteren Folgen sah, auf und davon gegangen und nicht mehr zu ermitteln. Die Stellung bei dem Bauern hätte sie nicht mehr aufrechterhalten können. Das erste Kind hatten ihre Eltern aufgenommen und sie habe auch, was sie von ihrem geringen Arbeitsverdienst erbringen konnte, zur Pflege des Kindes hingegeben. Kurz vor der zweiten Einbindung habe die Mutter ihr aber geschrien, sie dürfe es nicht wagen, noch mit einem zweiten Kind ins Haus zu kommen, sonst würde der Vater sie verstoßen. Nun habe sie in den Zeitungen gelesen, daß in Berlin manchmal Kinder ausgelegt würden, die dann ins Waisenhaus kämen und dort auf aufgehoben würden. So habe sie es auch gemacht. Auf dem Lehrter Bahnhof angekommen, sei sie durch die Straßen geritt, und habe das Kind um 10 Uhr abends vor eine Haustür gelegt, und zwar so, daß es sofort entdeckt werden mußte. Am anderen Morgen habe sie sich auch nach dem Kinde erkundigt. Eine Frau Hoffmann befandete, daß sie zufällig zum Fenster hinausgesehen hätte, weil sie ihre Tochter erwartete. Da habe sie das Schreien eines Kindes gehört und eine Frau weglaufen sehen. Als das Kind weiter weinte, habe es sie hinuntergezogen und da habe sie das Kind entdeckt, und sofort zur Polizei gebracht. Am anderen Abend in der Dämmerstunde sei eine Frau zu ihr gekommen, die sagte, daß sie gehört habe, es sei ein Kind gefunden worden. Das möchte sie sich gerne ansehen, da sie keine Kinder habe und gerne ein solches annehmen möchte. Das Kind sei übrigens sehr sauber gehalten und sorgfältig eingehüllt gewesen, habe auch noch in einem Frauenjackett gelegen. — Angeklagte: „Ja, das bin ich gewesen. Es hat mir keine Ruhe gelassen und ich mußte erfahren, wo mein Kind geblieben ist. Ich habe dann auch später ermittelt, daß das Kind zu einer Frau in der Hufschmiede in Waisenpflege gegeben war und da bin ich mehrmals zu Besuch gewesen. Ich habe auch Geld hingebracht. Ich bin näher nicht mehr hingegangen, weil die Frau anzügliche Reden führte. — Vorfrüher: „Wo ist das Kind jetzt? Lebt es noch? — Angeklagte: „Das weiß ich nicht.“ — Vorfrüher: „Haben Sie nicht befürchtet, daß das Kind in der kalten Roemerbach zu Tode kommen konnte? — Angekl. (weinend): „Ich rechnete darauf, daß das Kind gleich gefunden werden würde.“ — Das Gericht rechnete der Angeklagten zugute, daß sie sich in Notlage befinden habe und durch ihre Erkundigungen am nächsten Tage dargelegt habe, daß sie nicht jedes Muttergefühls bar gewesen sei. Deshalb wurde auf die gesetzlich zulässige Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis erkannt. Die Untersuchungshaft von annähernd einem Monat wurde der Angeklagten voll angedreht und es wurde ihr für die letzten drei Monate der Strafe Bewährungsfrist zubilligt. Die Angeklagte nahm das Urteil an, das, da der Staatsanwalt auch auf eine Berufung verzichtete, sofort rechtskräftig wurde.

Rowdy's.

In der vergangenen Nacht wurde der 22jährige Volontär Paul Schröder aus der Innstraße zu Reutlingen überfallen und schwer mißhandelt. Als er mit einem Freunde auf dem Heimwege den Kottbusser Damm entlangging, fiel vor dem Hause 19 plötzlich eine Rotte junger Burschen über ihn her und schlug auf ihn ein. Schröder wehrte sich und rief um Hilfe, wurde nun aber durch mehrere Messerliche am Kopfe so schwer verletzt, daß er zum Arzthaus gebracht wurde. Sein Freund eilte auf die Wache des 213. Reviers. Als jedoch die Beamten ankamen, waren die Burschen bereits verschwunden. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Geraubt wurde ihm nichts. Man vermutet, daß er das Opfer einer Verwechslung geworden ist.

Der Nachrichtendienst des Berliner Rundfunksenders.

Man schreibt uns: Die Darbietungen des Berliner Rundfunksenders sollen angeblich keiner bestimmten Partei dienen. In der Praxis sieht es allerdings etwas anders aus. Die Presseabteilung der Funkstunde gibt ihren Hörern abendlich die neuesten Tagesereignisse aus dem In- und Auslande bekannt. Die Schnelligkeit der Berichterstattung ist auch durchaus auf der Höhe, wenn es sich darum handelt, der erstaunten Welt und zu tun, daß die Kommunisten in irgendeinem Parlament ihren üblichen Radau aufgeführt haben oder Herr Pro-

essor H. eine eindrucksvolle Rede gegen die „Schuldfrage“ gehalten hat, oder einige Dutzend Frauen unserer Großgärtner sich anlässlich der „Landwirtschaftlichen Woche“ in Berlin ein Stellchen geben. Auch vor sie immer sehr gut über den Verlauf der vielen „Deutschen Tage“ usw. orientiert. Aber von der gewaltigen Kundgebung der Republikaner in Magdeburg hat sie anscheinend nichts erfahren, wenigstens hat sie ihren Hörern nichts davon mitgeteilt. Oder war eine „Störung am Sender“ eingetreten? Vielleicht äußert sich die Direktion der Funkstunde zu dieser Angelegenheit, schon deswegen, damit nicht bei dem republikanischen Teil der Hörerschaft die Meinung einwurzelt, daß der Nachrichtendienst des Berliner Funksenders einseitig orientiert sei.

Die Revolution im Berliner Fernsprechwesen. Umbau der Selbstanschlußämter.

Zur Umstellung des Berliner Fernsprechnetzes auf den Selbstanschluß sind eine große Anzahl von Neubauten erforderlich, die zum größten Teil vorgezeichnet sind. Man hofft mit der Inbetriebnahme des ersten Amtes mit Selbstanschluß noch Ende dieses Jahres beginnen zu können.

Am weitesten ist der große Bau in der Schleiermacherstraße, wo nur noch der Innenbau auszuführen und die technischen Einrichtungen einzubauen sind. Zurzeit gehen in Neufalken, in der Geisbergstraße, in der Artilleriestraße usw. weitere große Neubauten ihrer Vollenendung allmählich entgegen. In Dahlem ist ein neues Amt im Rohbau beinahe vollendet. In der Spandauer Straße zu Berlin ist eine große Aufstockung ziemlich fertig. In diesen neuen Postgebäuden wird der Einbau des technischen Apparates sogleich nach Fertigstellung in Angriff genommen werden. In der Goethestraße in Charlottenburg, in der Gerichtstraße, in der Staliner Straße, in Lichtenberg und in Reinickendorf wird voraussichtlich noch in diesem Frühjahr mit der Inangriffnahme der großen Bauarbeiten begonnen werden. Die Neubauten werden im allgemeinen 5 Stockwerke hoch sein und sind nach den modernsten Entwürfen ausgeführt. Im Anschluß hieran haben sowohl die Industrie als auch die Behörden Vorbereitungen getroffen, um den großen Schritt in dieser gewaltigen Fernsprecherneuerung mitzumachen. In immer wachsendem Umfange führen die großen Betriebe den automatischen Betrieb ein, der für viele das Fundament einer rationellen Betriebsorganisation schon heute geworden ist. Im Bezirksamt Mitte des Berliner Magistrats wird neuerdings eine ausgedehnte Selbstanschlußanlage eingerichtet, deren Bau der „Gesellschaft für automatische Telephonie“ übertragen worden ist.

Vielen Fernsprechnetzteilnehmern sind Verbeschreiben von Privat-Telephongesellschaften zugesandt worden, die in der äußeren Form amtlicher Schreiben die Teilnehmer auffordern, bei der bevorstehenden Einführung des Selbstanschlußbetriebes die nötigen neuen Apparate bei der werbenden Gesellschaft zu bestellen. Hierzu erhalten wir folgende Aufklärung:

Bei allen von der Deutschen Reichspost hergestellten Sprechstellen werden die Änderungen, die durch Einführung des Selbstanschlußbetriebes bei den Fernsprechämtern Groß-Berlins erforderlich werden, insbesondere der Einbau der Nummernscheibe, durch die Deutsche Reichspost rechtzeitig und ohne Kosten für die Teilnehmer vorgenommen werden. Dies trifft auch für alle von der Deutschen Reichspost hergestellten Nebenstellenanlagen zu. Auf die bevorstehende Einführung des Selbstanschlußbetriebes, der in Groß-Berlin nur noch und nach im Laufe mehrerer Jahre erfolgen kann, werden die Teilnehmer durch die Lagezeitungen und in anderer geeigneter Weise aufmerksam gemacht werden. Nähere Auskunft erteilen die zuständigen Fernsprechämter.

Ein wilder Autofahrer vor Gericht.

Ein folgenschwerer Autounfall in Weichensee führte den Fabrikdirektor Redschek von den Riebeckwerken vor das Weichenseer Amtsgericht. R. ist in weiten Kreisen als einer der rücksichtslosesten Autofahrer bekannt. Er gab vor dem Gericht selbst zu, mit einer Geschwindigkeit von 35 Stundenkilometer durch die Straßen zu sausen. Diese rücksichtslose Fahrweise sollte kürzlich sein Verhängnis werden. In der Kreuzung der Berliner Allee und Franz-Joseph-Straße in Weichensee kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. R. fuhr mit seinem Auto in die Flanke einer vollbesetzten Zyklette. Der Anprall war so heftig, daß diese sofort umgeworfen wurde. Die Insassen fielen im großen Bogen aus den Strohdämmen. Ein Hatzbaummeister erlitt einen schweren Rippenbruch. Drei weitere Fahrgäste kamen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davon. Direktor R. und sein Auto blieben unversehrt. Vor Gericht meinte der Angeklagte, die bebauten Straßenseite hätte ihm die Uebersicht genommen. Er habe die Zyklette weder gehört noch gesehen. Vom Amtsanwalt mußte sich der Angeklagte befehlen lassen, daß an unübersichtlichen Straßeneinkreuzungen jedes Auto besonders langsam zu fahren hätte. Das Gericht kam nach eingehender Untersuchung zu dem Ergebnis, daß der Unglücksfall nur durch das übermäßig schnelle Fahren des Angeklagten herbeigeführt worden sei. Mit Rücksicht auf die Vermögenslosigkeit des R. (Fabrikdirektor mit einem Monatslohn von 2500 M.) erkannte das Gericht wegen gefährlicher Körperverletzung auf 1200 M. Geldstrafe.

Eine laubere Firma.

Wegen einer Unterbilanz von 70 000 M. schritt die Kriminalpolizei gegen die Firma Periy, Kurfürstendamm 16, ein. Periy sowie sein Geschäftsführer und Kompanjon Bauer sind in Haft genommen worden. Aus den beschlagnahmten Büchern ist folgendes ersichtlich: Die Firma hat für rund 83 000 M. Textilwaren gekauft. Durch den Verkauf dieser Waren wurde ein Erlös von 58 000 M. erzielt. Rund 13 000 M. hiervon wurden an die verschiedenen Lieferanten abgeführt. Es ergibt sich also eine Unterbilanz von 70 000 M., für die die Firma nicht aufkommen konnte. Wo die restlichen 45 000 M. aus dem Verkauf geblieben sind, geht weder aus den Büchern hervor, noch können Periy oder sein Geschäftsführer darüber irgendwelche Angaben machen. Da die taufmännischen Kenntnisse des Periy ziemlich gering sind, ist anzunehmen, daß die Buchungen nicht ganz stimmen werden. Allem Anschein nach wird die Untersuchung ergeben, daß die Unterbilanz noch größer ist. Auch der Geschäftsführer Bauer scheint eigentümliche Geschäftspraktiken zu haben. Unter dem beschlagnahmten Material fand man nämlich einen Brief von ihm, den er an einen Freund gerichtet hat und dem er darin Mitteilung macht, daß es hier in Berlin sehr schwierig sei, Geschäfte zu machen, da die Kriminalpolizei „zu sehr arbeite“. Bisher haben sich etwa 20 Firmen als geschädigt gemeldet.

Der Reichsbund der Invalidenberechtigten, z. B., veranstaltete im Rheingold einen Pressabend. Schriftleiter Hosbach sprach über die „Zivilversorgung vom Standpunkt der Staatsnotwendigkeit“. Wenn ein junger Mensch heute mit 15 Jahren in die Wehrmacht eintritt, wird er über die Zweckmäßigkeit Betrachungen anstellen, meinte der Redner, und jeder Armeiz, volkswirtschaftlich ausgedrückt, wird fehlen, sobald keine Möglichkeiten späterer Existenzsicherung vorliegen. Die Unterdrückung der auscheidenden Soldaten oder Versorgungsanwärter in freien Berufen ist zu diffizil und ungewiß; die einzige tatsächliche Existenzsicherung bleibt für sie die pensionsberechtigte Stellung im Staatsdienst. Normalerweise erkennen alljährlich 12 000 Mann aus Heer und Marine auf dem

Arbeitsmarkt; diese Anwärter werden zwar in den behördlichen Listen notiert, haben aber auf Jahre hinaus keine Versorgungsaussichten. — Das Referat von Sasse behandelte technische Fragen, wie Anordnung der Kriegsdienst- und übrigen Dienstzeit, Diätarfrage, Ergänzungsprüfungen und vor allem die Neuregelung des Besoldungsgesetzes. Eine Besoldungsrevision forderte der Referent, auf die Verbesserungsbefähigung der Paragrafen hinweisend. Von allen Seiten müsse eine Aenderung erstrebt werden.

Verkehrsunfälle in aller Welt.

Nach einer Meldung aus Belgrad ereignete sich auf der Linie Bielawa—Agram bei Sveti-Jovan ein schwerer Eisenbahnzusammenstoß. Bis jetzt wurden aus dem Trümmern etwa 17 Tote und 30 Verletzte geborgen. Nähere Einzelheiten fehlen noch, doch befürchtet man, daß die Zahl der Opfer noch größer ist. — Im Wiener Hauptbahnhof fuhr ein Schnellzug auf einen Personenzug auf. Drei Personen wurden getötet, 40 verletzt. — Nach einer Meldung der „Central News“ ist 100 Kilometer von Indere entfernt auf dem Wege nach Bombay ein Autobus, in dem 50 Personen Platz genommen hatten, in Brand geraten. 23 Personen sind in den Flammen umgekommen, acht trugen schwere Brandwunden davon. — Der deutsche Fischdampfer „Benhausen“ ist vom Sturm schwer beschädigt aus Island in Übersee eingetroffen. Ein Mann der Besatzung ist von einer Welle über Bord gesplitt worden und ertrunken. Der deutsche Dreimastler „Casimir“ ist auf der Reise von Lübeck nach Barcelona schwer beschädigt worden.

Das Unwetter an der französischen Küste.

Der Sturm an der französischen Küste und auf dem Ozean hält mit unverminderter Stärke an. Dampfer, die bereits ausgefahren waren, mußten zurückkehren. Der Wind erreichte zeitweise eine Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometer. Vor Bigo schreite eine japanische Dampfer. Ferner sind mehrere Fischdampfer untergegangen, deren Besatzung aber gerettet werden konnte. Bei Tours wurde ein Flugzeug kurz nach dem Aufstieg vom Wind auf den Boden niedergedrückt. Die beiden Insassen sind schwer verletzt.

Die heftigen Stürme über den Atlantischen Ozean zwingen die Schiffe, in den Höfen Zuflucht zu suchen. Verlorene Dampfer, die dem Sturme nicht rechtzeitig ausweichen konnten, sind gestrandet. Heute nachmittag sind die drahtlose Station Orient (Britagne) Hilfe-rufe des italienischen Dampfers „Citta d'Orona“, des griechischen Dampfers „Pelagia“ und eines dritten Dampfers auf, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte. Die drei Dampfer sind auf der Höhe von Quessant gescheitert. Zwei britische Dampfer haben sich zur Hilfeleistung an Ort und Stelle begeben.

Der Ausbau des europäischen Fernsprechnetzes. In den letzten Tagen fanden Versuche statt, eine telephonische Verbindung zwischen Wien und Paris herzustellen. Es ist gelungen, bei einer Umleitung über Frankfurt a. M. eine Verbindung zu erreichen, und bei Anwendung von Verstärkern ein normales Gespräch zu führen. Weitere Versuche, über Berlin nach Kalmä und Stockholm zu telephonieren, sind gleichfalls gelungen. Die Verbindung war ohne Verstärker möglich. Es wird nunmehr in absehbarer Zeit der Fernsprecherverkehr Wien—Paris über Frankfurt a. M. und Wien—Stockholm sowie Wien—Kalmä über Berlin möglich sein.

Ein Kinderballon fliegt von Mannheim nach Nordböhmen. Ein kleiner bunter Kinderballon hat, wie man uns aus der Reichstadt Böhmisch-Leipa in Nordböhmen schreibt, eine weite Reise gemacht. Auf einem Wiesengelände bei dem Dorfe Graber fand ein Spaziergänger, der Blumen suchte, den Ballon, der am 18. Februar, 8 Uhr 20 Minuten abends in Mannheim von Mariette Krüden, 1.6.27, aufblasen worden war. Die erbetene Fundverhandlung ist erfolgt.

Aus der Partei.

Parteitage in den baltischen Ländern.

Für den Monat April haben die sozialdemokratischen Parteien der baltischen Staaten ihre Parteitage einberufen. Den Anfang macht der Kongreß der Sozialdemokratie Lettlands, der am 4. und 5. April in Riga stattfindet. Er ist besonders bedeutsam im Hinblick auf die jüngsten Vorstöße der Reaktion gegen die lettischen Arbeiter und die im Herbst bevorstehenden Wahlen in diesem Lande. Am 9. und 10. April findet der estnische Parteitag in Reval statt. Er soll u. a. die endgültige Bereinigung der beiden sozialistischen Gruppen, der Sozialdemokraten und der sogenannten „Unabhängigen Sozialisten“ beschließen, die praktisch nahezu vollständig ist. Am 17., 18. und 19. April folgt dann der litauische Parteitag, der nach Kaunas (Kowno) einberufen ist. Auch in Litauen stehen im Herbst Parlamentswahlen bevor und der Parteitag wird sich daher mit ihrer Vorbereitung beschäftigen.

Von den argentinischen Sozialisten.

Die argentinische sozialistische Partei, die erfolgreichste Kämpferin des Sozialismus in Südamerika, zählt gegenwärtig, wie aus einer Mitteilung an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-internationale hervorgeht, 10 000 Mitglieder. Sie hat 18 Abgeordnete in der Kammer, 9 in den Landesparlamenten der einzelnen Provinzen und 2 Senatoren. Die Kommunisten verfügen über keine parlamentarische Vertretung.

Besonders bemerkenswert ist die erfreuliche Verbreitung der sozialistischen Presse: die Partei verfügt über zwei Tagesblätter und nicht weniger als 32 Wochenblätter, sowie eine Halbmonatsschrift. Dies stellt dem Fortschreiten der Bewegung in Argentinien die günstigsten Aussichten.

Eine Antwort an die Kommunisten.

Zu den Wahlen des engeren Stadtrats in Zürich haben die Kommunisten der Sozialdemokratischen Partei ein Wahlbündnis angeboten. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat diesen Vorschlag einstimmig abgelehnt und seine Entscheidung in einem „Offenen Antwortschreiben“ begründet, in dem es heißt: „Hätten die Kommunisten nicht in der politischen Organisation des zürcherischen Proletariats Spaltungen bewirkt, ja bis zum heutigen Tag in der zürcherischen Arbeiterbewegung durch Verleumdungen und Berührungspfungen Uneinigkeit und Mißtrauen verbreitet, so bestünde die beste politische Einheitsfront der arbeitenden Volksmassen noch heute, nämlich eine unzersplitterte, kraftvolle Sozialdemokratische Partei, die nach der Lage der Dinge seit dem Jahre 1919 sich auf eine Mehrheit der städtischen Bevölkerung und eine Mehrheit der Mitglieder des Großen Stadtrates stützen könnte. Die Grundlage jeder Gemeinamkeit des Kampfes und der Waffenbrüderschaft heißt Vertrauen, Aufrichtigkeit und gegenseitige Achtung. Wie kann die kommunistische Partei heute Anspruch erheben auf Vertrauen und Achtung, die nicht zu tun weiß, als Mißtrauen zu verbreiten und Mißachtung und Verachtung der sozialdemokratischen Partei zu predigen? ... Schon in der Tat, daß sie einer „Partei von Betrüchern“, wie sie die sozialdemokratische Partei immer wieder beschimpft haben, heute eine Allianz anbieten, enthält doch die ganze innere Unwahrheit und Heuchelei dieses Anerbietens der Kommunisten.“ Diese Antwort ist umso bemerkenswerter, als, wie bekannt, die Schweizer Sozialdemokratische Partei stets zu den radikalsten Parteien der sozialistischen Bewegung gehört hat.



